

Entlassungen, Tarifbruch, Lohnraub...

Angriffe der Bosse zurückzuschlagen!



Die Stahlarbeiter haben angefangen, für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zu kämpfen. In Ost-Deutschland gehen die Metaller für die Einhaltung der geltenden Tarifverträge auf die Straße. Der Unmut in der Bevölkerung gegen die da oben schreit nach organisierter Gegenwehr.

Die Einzelgewerkschaften und der DGB müssen ihre Mitgliedschaft effektiv mobilisieren. Protest-Demos, Warn- und Einzelstreiks reichen nicht aus. Die Situation erfordert es, einen höheren Gang einzulegen.

Der Tarifbruch in der ostdeutschen Metallindustrie ist ein Angriff auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung in Ost und West. Der von den Metallarbeitgebern in Hessen und Nordrhein-Westfalen angekündigte Lohnraub durch Zulagestreichung zeigt, wo die Reise hingehen soll.

Die Metaller im Osten haben bereits gezeigt, daß sie zum Kampf bereit sind. Trotz Massenarbeitslosigkeit und Einschüchterungsversuchen beteiligten sich Zehntausende an Montagsdemos und

Aktionen der Gewerkschaften. Der Küstenaktionstag mit 55.000 Beteiligten war die erste größere Ost-West Einheitsaktion.

Allerdings kann dieser Angriff nur zurückgeschlagen werden, wenn die Streikaktionen auf den Westen ausgedehnt werden. Die IG Metall muß den Kampf gegen den Tarifbruch und Lohnraub mit dem Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung in der Stahlindustrie verbinden. Ein Vollstreik in der Metall- und Stahlindustrie Ost und West würde die Metall- und Stahlarbeitgeber schnell in die Defensive zwingen.

Es ist zu begrüßen, daß sich der DGB-Vorstand endlich zu einer Aktionswoche (19.-23.4.93) gegen den Tarifbruch der Metallarbeitgeber durchgerungen hat. Die geplanten lokalen, regionalen und branchenweiten Aktionen müssen gut vorbereitet werden und effektiv sein. Aber vor allem müssen sie auf einen eintägigen Generalstreik zugespitzt werden.

Wir müssen mit der Faust auf den Tisch schlagen. Nur so können wir den

Unternehmern und der Kohl-Regierung das Fürchten lehren. Ein eintägiger Generalstreik würde der Mitglied- und Arbeiterschaft Vertrauen in die eigene Stärke und das Gefühl für ihre Macht geben. Er könnte der Anfang für eine echte Gegenoffensive sein.

Falls es den Gewerkschaften nicht gelingt, die Angriffe abzuwehren, werden sich die Unternehmer und die Kohl-Regierung ermutigt fühlen, noch härter auf uns einzudreschen. Die Pläne dafür lie-

gen schon in den Schubladen: Autobahngebühr, Karenztag, Arbeitszeitverlängerung...

Jeder Gewerkschaftsaktivist, jedes Mitglied ist aufgefordert, Druck auf die Führung auszuüben, um eine Verzettlung der Kampfkraft zu verhindern.

»Vereinzelt werden wir geschlagen, gemeinsam können wir siegen.« Diese Erkenntnis gilt es in den nächsten Wochen und Monaten seitens der Gewerkschaften in die Tat umzusetzen.

■ Kampf für den Erhalt aller Arbeits- und Ausbildungsplätze und jedes Standortes sowie für die Übernahme aller Azubis

■ Vollstreik der IG Metall in der Stahl- und Metallindustrie gegen Tarifbruch, Lohnraub und Arbeitsplatzvernichtung

■ Eintägiger Generalstreik aller DGB-Gewerkschaften gegen die Generalangriffe von Kohl und Bossen

SPD-Führung

Rechtswende ohne Ende

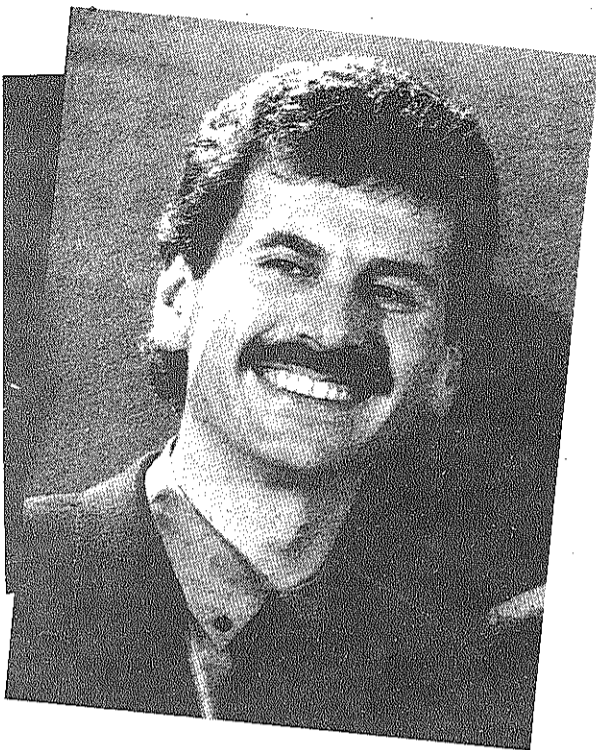
Die erste Testwahl nach der weiteren drastischen Rechtswende der SPD-Führung ist mit den hessischen Kommunalwahlen gelaufen. Es war eine schallende Ohrfeige für den neuen Kurs der Parteiführung und für die Ausführung konservativer Kürzungspolitik durch SPD-regierte Kommunen.

Welche Schlußfolgerung ziehen SPD-Politiker? Jetzt müsse »das Profil der Partei geschärft« werden, heißt es schwammig. Welches, das drückten vorsichtshalber nur wenige deutlich aus. Der hessische SPD-Ministerpräsident Eichel meinte im ersten Schockzustand nach der Wahl: »Entweder wir haben eine große Koalition oder wir sind richtig Opposition. Aber ein bißchen von beidem, das ist das, was die Menschen, glaube ich, überhaupt nicht verstehen.« Gesagt - getan. Schon eine Woche später handelte er zusammen mit den anderen SPD-Ministerpräsidenten den sogenannten Solidarpakt aus, ein echter Akt oppositionellen sozialdemokratischen Geistes.

Und der wendige und aalige Bundesgeschäftsführer Blessing schaffte binnen kürzester Zeit sogar einen vierfachen Salto: Eine Woche vor der Hessenwahl pries er die Klarheit des SPD-Konzepts in den höchsten Tönen (siehe Bildunterschrift). Nach der Wahl klagte er über das mangelnde Profil der Partei, die sich wieder als die Vertreterin der kleinen und mittleren Einkommenschichten verstehen müsse. Eine weitere Woche später begeisterte er sich über den Solidarpakt, der gerade diese Schichten am meisten beutelt und die Reichen wieder davonkommen läßt, mit den Worten: »Wann je in der Vergangenheit hat eine Oppositionspartei so viele ihrer eigenen Vorstellungen durchsetzen können?«!! Um anschließend die Partei wieder zu entschiedener oppositioneller Tätigkeit aufzurufen, schließlich stehe das »Superwahljahr« 1994 bevor.

Wer kann solche Typen noch ernst nehmen? Die Wähler jedenfalls nicht. Und die Parteibasis ist solcher Sprechblasen schon lange überdrüssig.

Waren SPD-Anhänger und -Wähler früher mit ihrer Partei unzufrieden, weil ihnen die Reformen nicht weit genug gingen, so kann heute von einer SPD-Reformpolitik überhaupt keine Rede mehr sein. Die sozialdemokratischen Polit-Bankrotteure haben nur noch den Anspruch, den Rückschritt und Sozialabbau »gerechter« gestalten zu wollen als die Konservativen. Und



SPD-Bundesgeschäftsführer Karlheinz Blessing im "Vorwärts" 3/93: "Das SPD-Konzept bringt Schwung in die Konjunktur, hilft im Osten, schont die Umwelt und ist sozial gerecht." ...und nur Persil spült parentief glänzend und verhindert Zahnbelag.

selbst den lösen sie oft nicht ein. SPD-regierte Länder und Gemeinden machen sich ohne mit der Wimper zu zucken zum Handlanger der von Kohl und Kapital diktierten Kürzungspolitik.

Viele SPD-Mandatsträger scheinen vergessen zu haben, daß die Partei weder Selbstzweck noch Selbstbedienungsladen für Karrieristen ist. Arbeitnehmer sehen sich von der SPD nicht mehr vertreten. Wer zum Beispiel in Rheinhausen nachfragt, der hört von früheren SPD-Wählern oder -Mitgliedern nur noch: »bin ausgetreten«, »überlege auszutreten«, »werde nicht wählen gehen«. Das einzige, was viele vom Nicht-Wählen abhält, ist der Bo-

nus, der sich für die Rechtsextremen daraus ergibt.

Schlimm ist dabei auch, daß solches Verhalten von der Parteiführung als Ausdruck eines allgemeinen Rechtsrucks fehlgedeutet wird, dem man hinterherlaufen müsse. Demgegenüber betont z.B. der Leiter des SPD-nahen Meinungsforschungsinstituts Forsa, Manfred Güllner, zu recht: die von der SPD enttäuschten Rep-Wähler wollen vor allem einen Denktzettel verteilen. »Die sagen, die SPD vertritt unsere Interessen nicht mehr - und das stimmt. Sollen die Frau Wiczorek-Zeul und die Schickeria der Styvesant-Sozialisten wählen? Nein, das können die nicht. Die CDU kümmert sich auch nicht um diese Leute und die FDP, die Partei der leitenden Angestellten, schon gar nicht. Und die Grünen? Wenn sie die Grünen richtig positionieren, dann sind die doch die Partei der formal gut Ausgebildeten im öffentlichen Dienst ab A 13 ... Kaum ein Arbeiter kann heute noch die Grünen wählen. Die können

nur noch zu Hause bleiben oder rechtsradikal wählen. Diejenigen, die sich klar waren, was es heißt, den Rechten die Stimme zu geben, sind deshalb auch der Wahl ferngeblieben...« (taz-Interview 22. 3. 93)

In der Tat wird die Partei von einer Yuppie-Truppe angeführt, die ihre eigene soziale Frage für sich gelöst hat und glaubt, allen ginge es so gut wie ihnen, weshalb man ihnen auch ein paar Opfer abverlangen könne.

Da kann ein SPD-Sozialminister in wenigen Monaten mal eben 40.000 DM in seiner Schreibtischschublade ansammeln. Und Günther Jansen beschreibt diese Einzelheit treuherzig, weil er gegenüber Journalisten die Arglosigkeit des Vorgangs deutlich machen will. Was sollen normale Arbeitnehmer und Durchschnittsverdiener davon halten? Diese Sichtweise kommt der Schickeria-Polit-Truppe vermutlich gar nicht mehr in den Sinn. Stattdessen wird Jansen als der gute Mensch von Eutin präsentiert, dem ein kleiner naiver Fehltritt passiert sei. Es ist aber derselbe Jansen, der mit Asylbewerbern nicht allzuviel menschliches Erbarmen hat. Gehörte er doch zusammen mit dem ebenfalls geschäftenen früheren NRW-Socialminister Heinemann zu den ersten SPD-Ministern, die eine Kürzung der Sozialhilfe für Asylbewerber forderten. Jansen stolperte über seine Zuwendung an Pfeiffer, Heinemann über undurchsichtige Subventionen an ein Institut mit ihm befreundeter Ärzte. Sicher, Medienreferenten und Ärzte bedürfen wahrscheinlich stärker der sozialen Fürsorge und des menschlichen Mitgefühls als Asylbewerber. Diese Affären machen die CDU nicht sauberer, aber zeigen, wie weit auch SPD-Politiker im Sumpf der Korruption versinken.

Vor der Hessenwahl glich die Kohlregierung einem Hühnerstall, dem der Fuchs einen Besuch abgestattet hatte. Sogar Forderungen aus den Reihen der Regierungsparteien nach Kohls Rücktritt machten wieder die Runde. Wenn die SPD-Führung ihren jetzigen Kurs weitersteuert, dann kann das »Superwahljahr« 1994 zu einem Debakel werden, egal wie miserabel der Zustand der Regierung bis dahin ist.

Angela Bankert, Köln
SPD-Mitglied

Der Pakt mit dem Pack

Monatelang sah es so aus, als ob der sogenannte »Solidarpakt« nicht zustandekommen würde. Doch Mitte März raufte sich Regierung und sogenannte »Opposition« zusammen und brachten das Ding doch noch unter Dach und Fach.

Das Paket ist ein weiteres Kapitel in der Umverteilungspolitik der von unten nach oben. Es ist ein Angriff auf die ArbeitnehmerInnen und Sozial Schwachen. Eigentlich ging es den Unternehmern nicht weit genug. Sie wollten ein drastisches Sparprogramm nach dem schwedischen Modell oder à la Thatcher, mit Kürzungen des Arbeitslosengeldes, Einführung von Karenztagen und einem Einstieg in die Tariflosigkeit.

Daß ihnen das nicht gelungen ist, hat allerdings weniger mit der Konsequenz der SPD-Führung zu tun als mit den Kräfteverhältnissen im Lande. Nach dem Hessen-Wahldebakel, einem niederschmetternden Mißtrauensvotum für alle große Parteien,

Bruttoeinkommen) 1995 auf einen Höchststand von 47 Prozent klettern, im Vergleich 40 Prozent noch 1990. So rechnet der Bund der Steuerzahler vor, daß der Durchschnittsverdiener 1995 3.000 DM weniger zur Verfügung haben wird als 1990!

Die andere Säule ist eine Neuordnung des Bund-Länder-Finanzausgleichs, die allerdings bedeuten wird, daß die Belastung über die Länder und Kommunen ab sofort auf die Bevölkerung abgewälzt werden kann und nicht erst ab 1995.

17,5 Milliarden DM sollen auf diesem Weg von den alten in die neuen Länder fließen. Das Geld wird vor allem durch Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, Abbau von Subventionen, etc. gespart.

Die Kommunalpolitiker werden jetzt schon die Sparschraube in Hinblick auf 1995 kräftig anziehen. Auf Länderebene bedeutet der Pakt zum Beispiel, daß der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz (vom Bund garantiert!) faktisch nicht umgesetzt werden kann. Mit Kürzungen im Bildungsbereich ist ebenfalls zu rechnen, deshalb die ganze Diskussion über einen Wegfall des 13. Schuljahres. Mit anderen



Metallerprotest in Erfurt

drohte die Lage den Politikern vollends außer Kontrolle zu geraten und so standen sie unter massivem Druck, endlich mal »Handlungsfähigkeit« zu beweisen.

Der Pakt basiert auf zwei Säulen, die die arbeitende Bevölkerung direkt und indirekt treffen werden. Ab 1995 wird jeder Arbeitnehmer mit dem Solidaritätszuschlag von 7,5 Prozent auf die Lohnsteuer zur Kasse gebeten, Einnahme für den Bund: 28 Milliarden DM. Angesichts der Schulden der Wiedervereinigung, die sich bis dann auf 400 Milliarden DM summiert haben werden, ist das ein Tropfen auf den heißen Stein. Damit wird die Abgabenquote für Durchschnittsverdiener (d.h. der Anteil der direkten und indirekten Steuern sowie der Sozialabgaben am

Worten: Kohl und Co. haben es geschafft, den Länderregierungen den schwarzen Peter zuzuschieben, damit die SPD die Drecksarbeit für das Kapital macht.

Finanziert wird das Ganze über eine Rekordneuerschuldung von 54,7 Milliarden DM und eine Verdoppelung des Kreditprogramms für den Wohnungsbau Ost von 30 auf 60 Milliarden DM. Wenn das nicht inflationäre Konsequenzen hat... Aber das Tollste ist, daß das Konzept die finanziellen Probleme nicht löst, sondern hinauschiebt. Uns drohen weiter Sparprogramme, der »Solidarpakt« war bloß der Anfang.

Fiz Garvie, Köln
SPD-Mitglied

Kommunalwahlen in Hessen

Wahlerfolg für Rechte

Der Absturz der SPD und der Einzug der Rechten in viele Stadtparlamente waren die Hauptergebnisse der Kommunalwahlen in Hessen. Landesweit verlor die SPD 8,4 Prozent ihrer Unterstützung und in absoluten Zahlen vertritt sie nur noch 25 Prozent der Wahlberechtigten.

In Kassel stimmten weniger als 20 Prozent der Wähler für die SPD. Sie bleibt zwar stärkste Partei in Hessen, aber gerade in großen Städten, besonders in ihren ehemaligen Hochburgen, verlor sie Mehrheiten an die CDU.

Die Neonazis sind in viele Ortsbeiräte und Stadtparlamente eingezogen. Die Unterstützung für rechtsextreme Parteien lag in Kassel bei etwa 10 Prozent der Wählerstimmen. Die Freie Wählergemeinschaft (FWG), die von ehemals führenden Republikanern durchsetzt ist, schaffte zwar den Sprung ins Stadtparlament nicht, ist aber in 15 von 23 Ortsbeiräten vertreten. Es gibt Wahlbezirke, in denen Reps und FWG zusammen über 14 Prozent der Stimmen erhielten. Im Kasseler Stadtteil Brückenhof, ein Wohngebiet, das vom sozialen Wohnungsbau geprägt ist und z. B. über keine Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche verfügt, erhielten Reps und FWG zusammen 16,3 Prozent der Stimmen.

In Frankfurt gibt es in den Vierteln mit hohem Sozialhilfeeinpfer- und

Arbeitslosenanteil eine noch schlimmere Situation. In der Carl-Sonnenschein-Siedlung in Sossenheim lag die Wahlbeteiligung bei 55,1 Prozent, die Reps erhielten 19,2 Prozent, die DVU immerhin 11,5 Prozent und die NPD schaffte 2,8 Prozent — ein Drittel der Wähler wählten rechtsextrem.

Die Medien haben in den letzten zwei Monaten den Eindruck erweckt, daß die Rechten durch Lichterketten, Politikerappelle und Polizeiaktionen grundlegend geschwächt worden seien. Es ist zwar möglich, daß das Ergebnis in Hessen für die Rechtsextremen ohne die Massenbewegung gegen Ausländerfeindlichkeit noch besser ausgefallen wäre. Aber es ist klar geworden, daß Reps und Co. weiterhin Stimmen vor allem auch von enttäuschten SPD-Wählern gewinnen können, solange die SPD keine Lösung für die sozialen Probleme bietet, sondern die rassistische Sündenbockpolitik gegen Asylbewerber mitbetreibt.

Tobias Weidner, Kassel
Jungsozialist

Linker als Sündenbock

Kassel, 26. 3. 93 - Die Verhandlung zum Parteiordnungsverfahren gegen Heiko Kretschmer, Mitglied des Juso-Bundesvorstands, war eine Farce. Nach Meinung des Bezirksgeschäftsführers der SPD Hessen-Nord soll er mit seiner Kritik an den Asylbeschlüssen und der Forderung nach Rücktritt von Engholm und Klose das Ansehen der Partei und ihres Vorsitzenden "stark geschädigt" haben. Ihm wurde sogar vorgeworfen, mit zur katastrophalen Niederlage bei den Kommunalwahlen beigetragen zu haben. Endlich haben die SPD-Rechten den Sündenbock für ihre Politik gefunden. Daß die SPD in Marburg allerdings weniger als im Landesdurchschnitt verloren hat, fiel dem Bezirksgeschäftsführer erst später auf. Innerparteiliche Demokratie höre da auf, wo in der Öffentlichkeit gegen Parteitagbeschlüsse verstossen werde.

Daß Engholm und seine Petersberger Clique zuerst gegen bestehende Parteitagbeschlüsse verstossen haben, war nebensächlich. Alles andere als eine Einstellung des Parteiordnungsverfahrens wäre ein Skandal. Schickt Proteste an: SPD Hessen-Nord, Humboldtstr. 8, 3500 Kassel.

Frank Klobes, Kassel Jungsozialist

VORAN zur
sozialistischen
Demokratie

Überregionale marxistische Monatszeitung für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit 1973.
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Erscheinungsweise: Monatlich
Verantwortliche Redakteurin: Angela Bankert.
Redaktionsanschrift: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1,
Tel. 0221/134504, Fax 0221/137280.
Druck: Blitz-Druck GmbH, Im Hesselbruch 16, 4300 Essen 11.
Bankverbindung: Postgiroamt Essen, BLZ 36010043, Konto-Nr. 250059-430.

Tarifbruch in Ostdeutschland

Angriff auf alle Arbeiter in Ost und West

Mit dem Tarifvertragsbruch wollen die Unternehmer die neuen Länder zum Billiglohnland machen. Gleichzeitig soll der Weg für Lohnkürzungen und Verlängerung der Arbeitszeit auch im Westen bereitet werden. Die Reallohnkürzung, die jetzt den Metallbeschäftigten in Hessen und Nordrhein-Westfalen aufgedrückt werden soll, ist da nur der Anfang.

Die Masse der kleinen Leute, die sowieso schon durch soziale Kürzungen, Steuer- und Gebührenerhöhungen die Kosten der Einheit bezahlt, soll weiter zur Kasse gebeten werden, um den Bossen auch in der Rezession hohe Profite zu sichern. Die Gewerkschaften, vor allem die IG Metall als größte Gewerkschaft mit über 4 Millionen Mitgliedern, soll geschwächt werden, um den Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Angriffe des Kapitals schwieriger zu machen. Wirtschaftsminister Rexrodt fordert, daß auch im öffentlichen Dienst eine Revision der Tarifverträge erfolgen soll.

Die täglichen Lebenshaltungskosten im Osten sind in den meisten Bereichen schon längst auf Westniveau, während der effektive Anteil der Ost-Arbeitseinkommen selbst nach der 26prozentigen Erhöhung immer noch nur 54,5% der Westeinkommen entsprechen würde. Zum Beispiel erhalten die Arbeiter der Metallindustrie Thüringens weder Urlaubsgeld noch vermögenswirksame Leistungen. Die Arbeitszeit beträgt in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie weiter 40 Stunden pro Woche, während sie in Westdeutschland zum 1. 4. 93 von 37 auf 36 Stunden gesenkt wurde. Seit dem 1. 4. 93 stehen 30 Urlaubstagen im Westen weiterhin 26 Urlaubstage im Osten gegenüber.

Spaltungsversuch

Die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen sind Ansatzpunkte für die Herrschenden, die Arbeiter in Ost und West gegeneinander auszuspielen und zu spalten. Besonders krass ist dies in Berlin. Es gibt zum Beispiel Lehrwerkstätten, in denen Auszubildende verschiedener Ost- bzw. Westfirmen ler-

nen. Im ersten Lehrjahr erhalten sie brutto 591 DM (Ost) gegenüber 931 DM (West). Die Ost-Azubis fühlen sich als Menschen 2. Klasse, können wegen Geldmangels keine gemeinsamen Freizeitaktivitäten mit Westkollegen unternehmen.

Diese Spaltung muß durch die schnelle Angleichung der Ostlöhne an die Westtarife beseitigt werden. Die Beschäftigten im Osten können sich niedrigere Lohnsteigerungen einfach nicht leisten, und die Beschäftigten im Westen müssen verhindern, daß ostdeutsche Arbeiter als Lohnrücker gegen sie eingesetzt werden.

Kein Wunder also, daß nach dem Scheitern der Schlichtungsverhandlungen zwischen IG Metall und Metallbossen innerhalb von 10 Tagen mehr als 100.000 ostdeutsche Metaller mit Demonstrationen, Kundgebungen und Straßenblockaden protestierten. Viele Metaller aus dem Westen reisten zu diesen Aktionen an, um ihre Ostkollegen zu unterstützen und um zu zeigen, sie lassen sich nicht spalten.

Arbeitsplatzsicherung?

Die Metallarbeitgeber drohen mit massiven Entlassungen, falls der Stufenplan umgesetzt wird. Mit der Behauptung, der Stufenplan würde viele Betriebe ruinieren, wollen die Bosse die von ihnen und ihrem kapitalistischen Wirtschaftssystem verursachte Arbeitslosigkeit der IG Metall in die Schuhe schieben. Tatsache ist, daß die Produktivität im Osten schneller steigt als die Löhne und Arbeitskosten, die Lohnstückkosten also sinken.

Wenn die Unternehmen im Osten mehr investieren würden, könnten sie die Lohnstückkosten sogar weiter senken. Doch dazu sind sie nicht bereit,



Protestkundgebung in Weimar

weil sie in der derzeitigen Rezession keine neuen Absatzmärkte finden und weniger Profitmöglichkeiten sehen. Die Arbeiter sollen im Form von billigen Löhnen die Folgen der Einführung des Kapitalismus im Osten bezahlen.

Bei ihren Angriffen haben die Metallbosse die volle Unterstützung der Bundesregierung. Auch die staatliche Treuhandanstalt, bei der knapp die Hälfte der ostdeutschen Metaller beschäftigt ist, verweigert die Einhaltung des Stufenplans.

Weitere Massenentlassungen sind jetzt schon geplant. Die Arbeitgeberseite war bei den Schlichtungsverhandlungen nicht bereit, eine Garantie gegen weiteren Arbeitsplatzabbau zu geben, falls die IG Metall das »Angebot« von 9 Prozent akzeptieren würde.

Um den Stufenplan durchzusetzen, bereitet die IG Metall den Streik in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie vor. Auf einer Sitzung des IG Metall-Beirats am 9. 3. 93 machten Vertreter der ostdeutschen Metaller klar, daß bei Streik im Osten kein Streikbruch durch Auftragsverlagerung in den Westen geschehen darf.

Stellt sich die Frage, warum die IG Metall und der DGB nicht bereits den »Marsch auf Bonn« am 26. März zu einem eintägigen Streik mit millionenstarker Kundgebung in Bonn und anderen Städten genutzt haben, um den Kampf gegen Tarifbruch mit dem Kampf gegen Massenentlassungen im Stahlbereich und allen anderen von Arbeitsplatzabbau betroffenen Industrien wirkungsvoll zu verknüpfen!

Alle in den letzten Jahrzehnten er kämpften Verbesserungen sind bedroht. Der Arbeitsplatzabbau in wichtigen Industrien, bei Bahn, Post, im öffentlichen Dienst, das Plattmachen ganzer Stahlregionen bedroht die Existenz großer Teile der Arbeiterklasse. Regierung und Bosse fahren schwere Geschütze gegen uns auf. Niemand sollte noch Illusionen in Sozialpartnerschaft haben. Dem Klassenkampf von oben muß der Klassenkampf von unten entgegengesetzt. Nötig ist ein gesamtdeutscher Vollstreik in der Metallindustrie gegen Tarifbruch, Arbeitsplatzabbau und Entlassungen.

Dieter Janßen,
Stuttgart ÖTV-Mitglied

Lohnraub in Ost ...

Die ostdeutschen Metallunternehmer haben den Tarifvertrag gekündigt, den sie 1991 mit der IG Metall abgeschlossen hatten. Er sah eine stufenweise Anhebung der Ostlöhne von 60 auf 100 Prozent der Westlöhne bis 1995 vor. Zum 1. April sieht dieser Vertrag eine Erhöhung von 71 auf 82 Prozent der Westlöhne und zwei Tage mehr Urlaub vor, was insgesamt einer Erhöhung um 26 Prozent in diesem Jahr entspricht.

Tatsächlich entsprechen die bisherigen 71 Prozent Westlohn effektiv 52,5 Prozent aufgrund niedrigerer Leistungszulagen, weniger übertariflicher Leistungen, längerer Wochenarbeitszeit, weniger Urlaub. Selbst die 26 Prozent Erhöhung würden effektiv nur 56-57 Prozent des tatsächlichen Verdienstes im Westen bedeuten.

Das »Angebot« der Metallunternehmer von 9 Prozent würde bereits eine leichte Erhöhung von Leistungszulagen, Weihnachtsgeld und zwei Tage mehr Urlaub enthalten. Der Grundlohn würde um nur 3,9 Prozent erhöht. Angesichts einer Inflation von 10 Prozent im Osten ist das eine massive Reallohnsenkung. Dieses »Angebot« ist mit Öffnungsklauseln gekoppelt, die erlauben würden, daß in Betriebsvereinbarungen niedrigere Erhöhungen bzw. Kürzungen möglich wären.

Nach dem Tarifabschluß von 9 Prozent in der ostdeutschen Chemieindustrie stellen die Metallbosse die Metaller jetzt als besonders gierig und verantwortungslos dar. Dabei wurden in der Chemieindustrie von Anfang an höhere Löhne erkämpft, die von der IG Chemie nun kampfflos der Inflation (10 Prozent) ausgesetzt werden.

... und West

Die von den Metallarbeitgebern in Hessen und Nordrhein-Westfalen angekündigte Streichung von übertariflichen Zulagen, um so die zum 1. April fällige Lohnerhöhung um drei Prozent unwirksam zu machen, wird für die Betroffenen eine Reallohnsenkung von 4 bis 5 Prozent in diesem Jahr bedeuten, je nach Entwicklung der Inflation. Nach Angaben der IG Metall ist in Nordrhein-Westfalen jeder zweite Arbeitnehmer betroffen.

Rostock — Aktionstag der IG Metall Küste (Ost und West)

»Jugendpower radikal gegen Kohl & Kapital«

Unter dem Motto »Norddeutschland steht auf« rief die IG Metall am 17. März zu Aktionen in Ost und West gegen den Tarifbruch, Entlassungen und Kürzungen auf, an denen sich insgesamt 55.000 beteiligten.

Rund eine Woche vor der Aktion sprach die IG Metall-Jugendsekretärin Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) und die Jungsozialisten an und »übertrug« uns die Organisierung der Jugendaktion am Hauptbahnhof.

Nils, Mitglied von Jusos und JRE, ist Azubi bei Siemens. Als Gewerkschafter hatte er sich dort schon einen Namen gemacht. Er brachte die Aktion dort ein. Seine Azubiklasse wollte schon, aber die rechtliche Frage war noch unklar. Die Firmenleitung behauptete, daß bei Siemens generell Streikverbot bestünde. Auch der Betriebsrat hielt sich bedeckt und wollte (oder wußte) nicht so recht. Die rechtliche Frage wurde dann mit der IG Metall-Jugendsekretärin geklärt: Die Azubis hatten mit einer Stunde Lohnabzug zu rechnen.

Es gelang, die anderen Azubiklassen einzubeziehen, so daß dann ungefähr 200 Azubis von Siemens kamen. In der Nähe des Bahnhofs ist eine ziemlich große Schule, der Direktor ließ die Schüler nicht raus. Die Azubis beschallten die Schule mit einem Mega-

phon und der Direktor entblödete sich, laut auf die IG Metall und die GEW zu fluchen.

Schließlich kamen doch noch Schüler raus, so daß wir dann 300-500 waren. Kurz nach 13.00 Uhr machten wir die Straßen dicht. Wir hatten ein Transparent »Jugendpower radikal gegen Kohl & Kapital«. Es war schon merkwürdig, wieviele Autofahrer plötzlich einen dringenden Arzttermin oder Handwerker im Haus hatten. Ein paar hohe Herren aus Schwerin (Regierungssitz) steckten im Stau fest. Sie wurden ziemlich ausfällig, ja sogar tödlich.

Ca. 45 Minuten war der Bahnhof dicht, dann zogen wir zum Rathaus. Auf der Strecke kam uns eine Demo der ÖTV mit ca. 10 bis 15 Müllwagen entgegen, die mit uns zur Kundgebung vor das Rathaus zog.

Nach dem (etwas einschläfernden) zweiten DGB-Vorsitzenden sprach Nils und sagte sinngemäß: »Wenn die uns hier unsere Zukunft verbauen, dann stürmen wir ihr Rathaus!« Der DGB-Zweite hatte gerade noch Zeit,



Metall-Azubis demonstrieren in Ludwigsfelde

die Demo für beendet zu erklären, bevor die Jungendlichen ins Rathaus zogen. Leider waren die hohen Damen und Herren nicht da.

Am nächsten Tag meinten die Siemens-Azubis, daß »die Aktion geil war«, sie sich aber von der IG Metall als Staffage mißbraucht fühlten. Das Pro-

blem war, daß die IG Metall-Bürokraten die Aktion am grünen Tisch ausgebrütet haben, ohne sie mit den Kollegen richtig zu diskutieren und eine Kampfstrategie zu entwickeln.

René Henze,
Juso-Vorsitzender Rostock

Siegen

Schüler- und Azubistreik

Halb sechs am Tor 2: Zwei Arbeiter zünden die Feuer der Mahnwache an, da belebt sich die Szene: Autos treffen ein, mit Lautsprechern auf dem Dach, Jugendliche steigen aus. Die Streikposten für den Schüler- und Azubistreik beziehen Stellung.

Die Nacht davor war sehr kurz: noch in der Disco wurden Streikposten für Hoesch, Krupp und die verschiedenen Schulen eingeteilt, Reden vorbereitet, Flugblätter aufgeschüttelt und die Erfolgchancen eingeschätzt.

Vor den Ausbildungswerkstätten zeigte sich jedoch die Wirkung der Kampagne von IG Metall und DGB gegen den Streik: Zwar konnten wir in beiden Fällen fast alle Azubis vor den Toren versammeln, doch als die Ausbilder und Gruppenleiter mit Abmahnungen und Verweisen drohten, fehlte der gewerkschaftliche Rückhalt. Nur 15 Azubis von Krupp haben sich am Streik beteiligt. Selbst als wir schon auf dem Weg zu den Schulen waren, wollten uns ein Betriebsrat der IG Metall noch vom Streik abhalten!

Trotz Widerstand von Lehrern und Direktoren hat ein großer Teil der technischen Berufsschule mitgestreikt und viele andere Schulen haben durch unseren Druck im Laufe des Vormittags freibekommen, um auf die Gewerkschaftskundgebung zu gehen.

Bei voller gewerkschaftlicher Unterstützung für den Streikaufruf hätten tausende Jugendliche der ganzen Region und den Azubis in allen Stahlwerken gezeigt, daß wir eine mächtige Bewegung zur Verteidigung aller Arbeits- und Ausbildungsplätze aufbauen können.

Doch statt auf die Jugend zu setzen, suchte die IG Metall das Bündnis mit den Direktoren und Kindergartenleitern! Wir gefährdeten ihren »Jugend«-aktionstag — weil die Direktoren der wenigen angeschriebenen Schulen wegen unseres Streikaufrufs nicht freigegeben wollten! Wenn mit dem Stahlwerk die Schlüsselindustrie der Region zerstört wird, verlieren wir unsere Zukunft — nicht sie.

Wir wollen auch nicht, daß die Nazis die drohende Perspektivlosigkeit für den Aufbau ihrer Terrorbanden nutzen können. Darum haben Juso-Unterbezirksvorstand und Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) Siegen

die Jugend aufgerufen, den Kampf um den Erhalt aller Stahlstandorte aktiv zu unterstützen.

Leider haben die IG Metall-Funktion



12. März — Protest von Krupp Stahl-Azubis in Siegen

näre alles getan, um den Streik zu verhindern. Obwohl wir als einzige massenweise Flugblätter für die offizielle Kundgebung verteilt hatten, wurden wir in der Presse als »Spalter« und »Spinner« bezeichnet. Ein Schuldirektor hat über Lautsprecher verbreitet, daß die Juso-Arbeitsgemeinschaft Wilnsdorf für ihre Gewaltbereitschaft bekannt wäre!

Am Ende durften JRE oder Jusos nicht einmal mehr einen Sprecher stellen. So mußten wir noch drei Tage vorher selber eine Bühne, Anlage und Band organisieren! Doch weil wir unser Programm nur noch über Lautsprecher bekannt machen konnten, kamen die meisten erst mittags zur Hauptkundgebung — und zwar viel mehr als von der IG Metall erwartet. Leider wurde den Jugendlichen statt

einem Programm und Aktionsplan gegen die Werksschließung ein Kulturprogramm für die anwesenden Kindergärten geboten!

Weil die Funktionärsspitzen in IG Metall und DGB die Marktwirtschaft akzeptieren, nehmen sie Arbeitsplatzabbau und Standortschließungen hin. Der Kampf soll um sozialverträgliche

Schließungen, Sozialpläne und Ersatzarbeitsplätze geführt werden, die von denselben Unternehmern geschaffen werden sollen, die uns gerade entlassen!

Für die Jugend kann das kein Ausweg sein. Wir müssen jetzt alle Ausbildungs- und Arbeitsplätze verteidigen! Die Gewerkschaften wurden aufgebaut, um für die Interessen von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen zu kämpfen. Die Gewerkschaften sind die stärkste organisierte Kraft in der Gesellschaft. Wir wollen, daß sie voll eingesetzt wird. JRE Siegen wird in der bundesweiten Jugendaktionswoche vom 18.-24. April gemeinsam mit der IG Metall-Jugend einen Aktionstag in Siegen organisieren.

Lutz Koroleski und Geert Möbius.

Schließungen, Sozialpläne und Ersatzarbeitsplätze geführt werden, die von denselben Unternehmern geschaffen werden sollen, die uns gerade entlassen!

Für die Jugend kann das kein Ausweg sein. Wir müssen jetzt alle Ausbildungs- und Arbeitsplätze verteidigen! Die Gewerkschaften wurden aufgebaut, um für die Interessen von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen zu kämpfen. Die Gewerkschaften sind die stärkste organisierte Kraft in der Gesellschaft. Wir wollen, daß sie voll eingesetzt wird. JRE Siegen wird in der bundesweiten Jugendaktionswoche vom 18.-24. April gemeinsam mit der IG Metall-Jugend einen Aktionstag in Siegen organisieren.

Lutz Koroleski und Geert Möbius.

Schließungen, Sozialpläne und Ersatzarbeitsplätze geführt werden, die von denselben Unternehmern geschaffen werden sollen, die uns gerade entlassen!

»Wir müssen den ganzen Druck selbst organisieren«

Interview mit Brizzi, Patrick und René, Industriemechaniker-Azubis im dritten Lehrjahr bei Krupp-Stahl Siegen. Alle drei sind Mitglied in der IG Metall und aktiv bei Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) Siegen.

»Wie war Eure Reaktion als eine mögliche Schließung des Werkes angekündigt wurde?«

Patrick: Wir kamen morgens zur Lehrwerkstatt und da stand dann eine von den JAVies (Jugend- und Auszubildendenvertreter) und hat die Flugblätter verteilt. Natürlich hat man morgens um fünf Uhr erst mal dicke Augen gekriegt. Die Stimmung in der Lehrwerkstatt war schon ziemlich mies. Wir haben uns den ganzen Morgen darüber unterhalten.

Brizzi: Ich wollte nach der Ausbildung erstmal meine befristete Zeit arbeiten und dann als Monteur zur Firma Simag Transplant gehen. Das ist eine gut gehende Firma, aber wenn jetzt so viele Leute eine Stelle suchen, dann werden die bald nichts mehr für mich haben. Dann wird mir wohl nichts anderes übrig bleiben, als mich bei der Bundeswehr für vier Jahre zu verpflichten und da meinen Techniker zu machen.

Was denkt ihr darüber, wie die IG Metall den Kampf führt?

Patrick: Meine Hoffnung hatte ich ja in die IG Metall gesetzt, aber die habe ich leider mittlerweile verloren. Und deshalb müssen wir den ganzen Druck jetzt selbst organisieren, denn die Kampfbereitschaft ist bei uns auf jeden Fall da. Das hat man zum Beispiel gemerkt, als auf der A45 der Bummelzug war und wie sauer und wütend die Arbeiter waren, daß sie die Autobahn nicht richtig blockiert haben. Mittlerweile weiß ich nicht, ob nicht alle so in eine Resignation versetzt werden.

René: Ich glaube, wenn der Druck von den Arbeitnehmern und den Azubis nicht so stark wäre, dann würden die vielleicht noch schwächere Aktionen machen.

Was macht ihr denn, um Druck aufzubauen?

René: Da haben wir zum Beispiel einen Brief an IG Metall, Betriebsrat und Bürgerkomitee geschrieben. Am Aktionstag »Ketten des Aufruhrs« durften wir nicht mitstreiken, und da haben wir geschrieben, daß wir einen konsequenteren Kampf fordern. Alle

Azubis der Lehrwerkstätte haben unterzeichnet. Auf dem Bürgerkomitee hat der Patrick den auch vorgetragen, doch da wurde gesagt, man hätte damit nichts zu tun, das wäre Sache des Betriebsrates. Und am nächsten Morgen kam dann einer vom Betriebsrat und auf einmal haben sie sich auf den Schlipps getreten gefühlt.

Wie ist der Streik unter den Azubis gelaufen?

Brizzi: Die Azubis waren fast alle dafür, den Streik durchzuführen. Nur wurden uns so viele Steine in den Weg geschmissen, mehr kann man eigentlich nicht schmeißen. Uns wurde teilweise sogar persönlich von unserem eigenen Jugend- und Auszubildendenvertreter und dem Landtagsabgeordneten von der SPD gedroht. Es wurde auch mit der Polizei gedroht.

Jedenfalls sind doch noch einige Leute draußen geblieben. Die haben alles mitgekriegt — wie wir da einmal vom Betriebsrat in den Hinterraum geholt wurden, und die Einschüchterungsversuche vorher von dem Jugendvertreter und anderen Gewerkschaftsfunkies. Und dann sind sie wahrscheinlich doch ins Zweifeln gekommen.

Patrick: Ich habe vor Hoesch gestanden. Am Anfang sind gleich drei oder vier reingegangen, aber die anderen haben wir draußen versammelt. Dann kam der Ausbilder raus und hat die einzelnen angesprochen und dann kam noch der Ausbildungsleiter und hat es geschafft, die Leute so einzuschüchtern, daß dann doch alle reingegangen sind. Der Jugendvertreter von Hoesch hat uns hinterher sogar noch mit einer Anzeige wegen Nötigung gedroht. Der hat uns das knallhart ins Gesicht gesagt, ich zeig Euch an im Einvernehmen mit der Geschäftsleitung. Da habe ich geantwortet, du warst ja noch nicht mal da, du hast ja verschlafen. Er sagte, das wäre ja scheißegal, es wurde gesagt, wir hätten die Azubis massiv daran gehindert, in die Lehrwerkstätte reinzugehen. Das stimmt natürlich nicht, weil alle Türen offen waren.«

Krupp Rheinhausen

Kampfbereitschaft vorhanden Kampfperspektive unklar

Das Mahnwachen-Zelt vor Tor 1 ist seit Wochen wieder Infobörse, Treffpunkt zum Aufwärmen bei Kaffee und Imbiß, zum Diskutieren für die Kruppianer. Das Bürgerkomitee trifft sich. Aktionswochen, regelmäßige Belegschaftsversammlung. Auf die Nachricht von der beabsichtigten Schließung folgte ein 48stündiger Streik.

Auf den ersten Blick scheint alles so ähnlich wie 1987/88, als diese Belegschaft mit einem sechsmonatigen Arbeitskampf neue Maßstäbe für die Klassenausweitung setzte. Und doch ist vieles anders.

Damals wurde der Kampf vor dem Hintergrund einer leidlichen Stahlkonjunktur geführt. Der Gegner hieß Cromme, der ein hochmodernes Stahlwerk aus kaum nachvollziehbaren Gründen schließen wollte. Damals war den 5.700 Rheinhausener Kruppianern das Ziel klar: Erhalt des Standortes und Kampf um jeden Arbeitsplatz.

Heute ist die Ausgangslage weitaus schwieriger und komplizierter. Das Werk mit heute noch 2.100 Arbeitsplätzen ist vor allem durch den rezessionsbedingten Nachfrage-Rückgang gefährdet. Akzeptiert man die behaupteten Überkapazitäten, dann landet man — wie die IG Metall-Führung — bei angeblicher »notwendiger Personalanpassung« und »gerechter« Verteilung

der Opfer auf alle Standorte. Wenn man ehrlich ist, landet man eigentlich bei der Schließung von Standorten, denn anders kann der von den Stahlbossen vorgesehene Stellenabbau von 40.000 nicht bewerkstelligt werden.

Akzeptiert man die Überkapazitäten nicht, geht man davon aus, daß Stahl eine Zukunft hat und gebraucht wird, dann ist ein branchenweites Konzept nur durch Überführung in Gemeineigentum und demokratische Planung entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen zu erstellen (siehe dazu auch Seiten 6 und 7). Doch eine solche Kampfperspektive wird von der IG Metall-Führung nicht aufgestellt, ein synchroner, branchenweiter Kampf dafür wird wieder nicht organisiert, obwohl viele Arbeitsplätze und etliche Standorte gleichzeitig gefährdet sind. Stattdessen verbreitet Franz Steinkühler Ratlosigkeit.

Derweil ist der Krupp-Hoesch-Vorstand eifrig bemüht, die Belegschaften

gegeneinander auszuspielen, sie mit Hinhalte-Manövern zu zermürben.

Eine betriebswirtschaftliche Argumentation der Betriebsräte gegen diese Vorstandstaktik zieht nicht und ist höchstens dazu angetan, Mißtrauen bei der jeweils anderen Belegschaften aufkommen zu lassen. Denn es geht längst nicht mehr um einzelne Standorte und Belegschaften, sondern um die Zukunft der Stahlindustrie insgesamt, und damit eng verbunden auch des Bergbaus.

Deshalb ist eine Steigerung, Vereinheitlichung und Konzentration der Kampfmittel nötig, um eine Verzettelung der Kräfte bei vielen kleineren Aktionen zu vermeiden. Ein kurzer Vollstreik in der gesamten Branche einschließlich den Mutterkonzernen würde die Gegenseite empfindlich treffen.

Jugendliche und Azubis sind Schritte in diese Richtung gegangen. Sie haben eine Jugendkonferenz mit Vertretern aller Standorte abgehalten und planen eine bundesweite Aktionswoche Ende April.

Medien sabotieren

Noch etwas ist anders als 1987/88: Damals berichteten die Medien fast



Über 15.000 Stahlarbeiter demonstrieren am »politischen Aschermittwoch auf der Brücke der Solidarität

täglich von der Arbeitskampf-Front in Rheinhausen, begeisterte Journalisten gaben sich im Betriebsrats-Büro die Klinke in die Hand.

Heute gibt es eine regelrechte Verschwörung des Schweigens, oder die Kampfbereitschaft der Belegschaft wird systematisch kleingeredet. Da ist von geringer Beteiligung an betrieblichen Aktionen die Rede: aber wo nur noch 2.100 Menschen arbeiten, können keine 5.000 mehr vor die Tore kommen.

Zum Abschluß einer 12tägigen Hungerstreik-Aktion des Betriebsleiters Helmut Laakmann zusammen mit fünf Meistern aus dem Stahlwerk wur-

de die Rheinhausener Bevölkerung zu einer Lichter-Demonstration aufgerufen. 30.000-40.000 Rheinhausener folgten dem Aufruf und gingen am 22. März auf die Straße — bei einer Einwohnerzahl von 80.000 eine enorme Resonanz. In vielen überregionalen Medien wurde nur von einigen Hunderten Demonstranten berichtet.

An der Kampfbereitschaft sowohl der Belegschaft als auch der Rheinhausener Bevölkerung gibt es nichts zu deuteln. Zweifel sind aber hinsichtlich der Kampfperspektive angebracht, wie sie von der IG Metall-Führung vorgegeben wird.

Angela Bankert, Köln

Uni-Deform

Unternehmerlust - Studentenfrust

Überquellende Hörsäle, fehlende Studentenwohnungen, verzweifelte Studierende. Der Frust ist groß an den deutschen Universitäten. 1992 erreichte die Gesamtzahl aller Studierenden die Rekordmarke von 1,8 Millionen. Offiziell jedoch gibt es nur 850.000 Studienplätze.

Die Unzufriedenheit und Wut vieler Studierender über die katastrophalen Studienbedingungen will die Bundesregierung nun für eine grundlegende »Reform« der deutschen Unis nutzen. Jedoch soll diese Reform wieder einmal eben nicht im Interesse der Studierenden, sondern — was sollte man von der Unternehmerregierung in Bonn auch anderes erwarten — nach den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft gestaltet werden.

In den letzten Jahren wuchs der Einfluß der Unternehmen auf Studieninhalte und -ausstattung ständig. Durch finanzielle Zuschüsse der Industrie wandelte sich das Bild vieler Universitäten. Während die sozial- und geisteswissenschaftlichen Studiengänge überfüllt und schlecht ausgestattet dastehen, gibt es auf der anderen Seite gut ausgestattete Forschungsbereiche

und innovative, wirtschaftsnahe Studiengänge. Grundlagenforschung wird nicht im gesellschaftlichen Interesse, sondern für die Profitinteressen der Unternehmen betrieben.

Elitebildung

Ziel der Unternehmen und ihrer Handlanger aus CDU, CSU, FDP ist die völlige Neugestaltung des Studiums. Im Mittelpunkt soll künftig eine klare Berufsorientierung stehen, forschungsbezogene Inhalte sollen künftig nur noch einer kleinen Minderheit vorbehalten bleiben. Es soll nicht mehr möglich sein, zwischen einzelnen Studienfächern zu wechseln oder sein Studium eigenverantwortlich durch Inhalte anderer Studienfächer zu erweitern und zu ergänzen.

Zur Durchsetzung dieser aus-

schließlichen Berufsqualifikation sollen bei Überschreitung der Regelstudienzeit (8 bis 9 Semester) um zwei Semester Strafgeld erhoben werden und bei der Überschreitung um weitere zwei Semester das Studium zwingend abgebrochen werden. Ergänzt wird dies durch die Verlagerung von Finanzmitteln auf die Fachhochschulen. Hiermit sollen Studienanfänger zu einem Studium an der Fachhochschule »überzeugt« werden, das besonders »praxisorientiert« (sprich: inhalts- und kritikfrei) ist. Langfristiges Ziel ist, den Studentenanteil an Fachhochschulen auf 60 Prozent aller Studierenden (bisher 28 Prozent) zu erhöhen.

Diskutiert wird auch die Idee, »Spitzenausbildung und -forschung auf wenige (...) Elitehochschulen zu konzentrieren.« (Zitat Bundesbildungsminister).

Ein weiterer »Reform«vorschlag ist die Einführung von DM 1.000 Studiengebühren je Semester. Dieser dreiste Angriff auf die Studentenschaft würde die Universitäten in kürzester Zeit leeren. 67 Prozent aller Studierenden müssen neben ihrem Studium arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Wer könnte da DM 2.000 im Jahr zahlen?!

Der ohnehin schon bestehende Trend, Studierenden aus sozial schwachen Familien den Zugang zur Universität zu erschweren, würde sich damit enorm verstärken. Universitäten wären einer kleinen, reichen Minderheit vorbehalten, oder denen, die sich am besten anpassen, denn geplant ist »Darlehensersatz bei erfolgreichem Studienabschluß innerhalb der Regelstudienzeit« (Zitat Finanz- und Kultusministerkonferenz).

Aber nicht nur die

Studierenden sollen auf Linie gebracht werden. Die Professoren sollen sich im Wettbewerb untereinander messen, ihre Bezahlung von der Bewertung und der Anzahl der Studenten in den Vorlesungen abhängen.

Die Universitäten sollen mit diesen massiven Angriffen ihrer letzten gesellschaftskritischen Funktionen beraubt und in reine Dienstleistungsunternehmen zur Berufsqualifizierung umfunktioniert werden.

Widerstand

An den Universitäten regt sich erster Widerstand. 25 Jahre nach der Studentenbewegung von 1968 kam es im



Januar und Februar an mehreren Universitäten zu Warnstreiks. In Bremen gingen über 3.000 Studentinnen und Studenten auf die Straße. Angesichts des Bildungsgipfels von Finanz- und Bildungsministern, auf dem im Juli das Reformpaket endgültig beschlossen werden soll, sprechen viele schon von einem »heißen Sommer«.

Aber allein werden die Studentinnen und Studenten diese Angriffe nicht abwehren können. Nur im gemeinsamen Kampf mit der organisierten Arbeitnehmerschaft gegen die unsziale Unternehmerregierung in Bonn können die Uni-Deform verhindert und sinnvolle Reformen im Interesse von Gesellschaft und Studierenden erkämpft werden.

Jörn Kroppach, Bremerhaven Student an der Uni Bremen

Gesundheitsreform

Krank dank Kostensenkung

Im Februar organisierte die ÖTV im Bezirk NW I eine Betriebsrätekonferenz für Krankenhäuser und Landeskliniken. Das Hauptthema war die geplante »Gesundheitsstrukturreform« (das Seehofer-Konzept). Dieses Konzept kommt einen Generalangriff auf die Beschäftigten des Gesundheitswesens gleich.

Es beinhaltet unter anderem Privatisierungen im Krankenhausbereich. Zunächst werden einzelne Leistungen, wie Wäscherei, Sterilisation oder Reinigungsdienst privatisiert. Dies bedeutet für die betroffenen ArbeitnehmerInnen schlechtere Bezahlung und erhöhte Arbeitshetze. Zum Beispiel wird der Reinigungsdienst im öffentlichen Dienst nach BAT (Bundesangestelltentarif) bezahlt, was einigermassen geregelte Arbeitsbedingungen bedeutet. Die Beschäftigten privater Reinigungsdienste arbeiten meist ohne Arbeitsvertrag, ohne soziale Absicherung und unter unzumutbar Arbeitsbelastung. Zu befürchten ist, daß die Privatisierungsbestrebungen auch auf viele andere Bereiche ausgeweitet werden.

Vor dem Hintergrund des Seehofer-Konzepts wird in vielen Einrichtungen über Umwandlungen der Unternehmensform nachgedacht. Das heißt, daß Einrichtungen zum Beispiel in GmbHs umgewandelt werden, wodurch die Grundlage für die betriebliche Mitbestimmung stark eingeschränkt werden kann. An die Stelle des BAT könnten wesentlich ungünstigere interne Bedingungen treten. Die berechtigten Ansprüche der Arbeitnehmer/innen könnten vielfach den betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zum Opfer fallen.

Für die Patienten wird das Seehofer-Konzept katastrophale Auswirkungen haben. Die Krankenhäuser sollen nicht mehr über den Tagessatz, sondern über Fallpauschalen finanziert werden. Das bedeutet, daß für eine bestimmte Operation eine bestimmte Summe berechnet wird. Die Länge der Nachbehandlung spielt keine Rolle. Dies könnte dazu führen, daß sich die Krankenhäuser nur noch jüngere Kranke aussuchen, damit die Nachbehandlung möglichst kurz ist. Es sollen ambulante Operationen eingeführt werden, was weniger Personal und ein stark erhöhtes Risiko für den Patienten zur Folge hat.

Im Bundesministerium für Gesundheit wird sogar schon darüber diskutiert, ob man sich die Reanimation bei alten Leuten nicht sparen könne! Wenn diese Menschen genug Geld besitzen, ist es wohl keine Frage, ob sich die Reanimation »lohnt«.

Beim Thema Tarifpolitik versuchte die Gewerkschaftsbürokratie das diesjährige Ergebnis von drei Prozent als Teilerfolg zu verkaufen. Die Mehrheit der anwesenden Betriebsräte akzeptierte das nicht und übte scharfe Kritik an der Interpretation des Abschlusses. Um den Generalangriff auf unser Gesundheitssystem abzuwehren, muß die Gewerkschaft mehr Öffentlichkeitsarbeit leisten. Sie muß die negativen Auswirkungen der Kürzungen im Gesundheitswesen für alle erklären.

Außerdem darf die Gewerkschaft sich nicht nur auf das Aushandeln von Tarifverträgen beschränken. Es ist wichtig, daß sie einen politischen Kampf zum Sturz der Kohlregierung führt, die eine Politik gegen die Interessen sowohl der Patienten als auch der Beschäftigten verfolgt.

Rolf Reuters, ÖTV-Mitglied und Betriebsrat Kreiskrankenhaus Würselen



Studentenprotest gegen Strafgeldern in Dortmund

VW Baunatal

Azubi-Protest gegen Ausbilder-mangel

Im VW-Werk Baunatal wurden Anfang 1992 noch über 20.000 Arbeitnehmer beschäftigt, momentan sind es knapp 18.500 und in den kommenden Monaten sollen weitere 1.000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Mirko, Azubi bei VW im 2. Lehrjahr und aktiv in der Baunataler Gruppe von Jugend gegen Rassismus in Europa, berichtet über die Ausbildungssituation.

»Im VW-Werk herrscht Ausbilder-mangel. Es gibt ca. 900 Azubis, darauf müßten 45 Ausbilder fallen. Das bedeutet, daß ein Ausbilder ungefähr 25 Leute ausbildet. Es gibt 9 Teams, auf die je 5 Ausbilder fallen müßten. Das ist die sogenannte »Soll-Zahl«. Die »Ist-Zahl« ist niedriger: 9 bis 10 Ausbilder sind gegangen, das bedeutet, sie sind in Rente gegangen oder im Betrieb versetzt worden.

Das Ziel davon, daß die Ausbilder versetzt worden sind, ist, daß wir Azubis mehr selbständig arbeiten sollen; mit weniger Ausbildern soll mehr erreicht werden. Außerdem sollen Kosten gespart werden, da die Ausbildung von VW kein Geld mehr erhält. (...) Die Jugendvertretung (JV) des VW-Werkes hat einen Forderungskatalog aufgestellt: im Dezember vorigen Jahres wurde bei einer Jugendversammlung gefordert, daß Facharbeiter aus dem Betrieb in das Bildungswesen kommen und den Ausbilder-mangel weitmachen. Das sollten acht Ausbilder sein. Das Problem dabei ist, daß die

Leute aus den Fachabteilungen von ihren Fachabteilungen weiterbezahlt werden müßten, wenn sie im Bildungswesen sind, da das Bildungswesen sie nicht bezahlt. Der Betrieb und die einzelnen Abteilungen weigern sich jedoch, diese Leute weiterzubehalten, wenn sie im Bildungswesen sind. Daher setzte die JV einen Stichtag, den 1.3.93, 10:00 Uhr. Bis dahin sollten die geforderten acht Ausbilder eingestellt sein. Als sich dann aber nichts tat, legten wir Azubis für eine Stunde die Arbeit nieder und marschierten ins Personalbüro. Momentan wird weiterverhandelt, daher kann ich

Für das Recht auf eine Zukunft!

- Erhalt aller Arbeits- und Ausbildungsplätze; Arbeit und qualifizierte Ausbildung für alle.
- Übernahme nach der Ausbildung im erlernten Beruf.
- Schaffung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten. Verwaltung durch demokratisch gewählte VertreterInnen von Auszubildenden, Gewerkschaften und Staat.
- Finanzierung der überbetrieblichen Berufsausbildung durch die Unternehmer (sie sind ja schließlich die Nutznießer).
- Ausbildung statt Ausbeutung als billige Arbeitskraft. Wir wollen eine breit angelegte, qualifizierte Berufsbildung:
 - genügend hauptamtliche, pädagogisch qualifizierte AusbilderInnen für alle.
 - Kontrolle über Lehrinhalte und -methoden durch VertreterInnen von Gewerkschaften und Auszubildenden unter Berücksichtigung der betrieblichen Erfordernisse.
 - Zusammenfassung von allgemeiner Schul- und beruflicher Ausbildung.

nicht sagen, wie sich die Situation demnächst entwickelt.

Wie wirkt sich der Ausbilder-mangel auf die Azubis aus?

Ausbilder aus anderen Teams helfen aus. Jedoch leiden die Leute kurz vor der Prüfung und das ganze 1. Lehrjahr am Mangel an Bezugspersonen und Grundlagenvermittlung.

Die Übernahme der Azubis ist auf drei Monate befristet, das stand von Anfang an im Vertrag. Jedoch wird die Übernahme zum Teil vom Betrieb in Frage gestellt, z.B. bei Leuten, die nur knapp durch die Prüfung gekommen sind. Normalerweise kann man den Vertrag nicht kündigen, aber nach 3 Monaten müssen Leute gehen, wenn bestimmte Stellen nicht mehr gebraucht werden. Das hängt auch noch davon ab, in welche Abteilung man nach der Lehre kommt. Wenn die Gruppenarbeit flächendeckend eingeführt wird, fallen einige durch die Ritzen, da das Ziel ist, effektiver mit weniger Leuten zu arbeiten.

Und wie ist die Stimmung allgemein im Betrieb?

»Das ist unterschiedlich bei den Azubis; im Betrieb selbst herrscht eine total miese Stimmung. Das sieht man auch am Krankenstand: der ist in kürzester Zeit von 16 Prozent auf vier Prozent zurückgegangen. Viele gehen bewusst krank an die Arbeit.«

Rezession in Deutschland

und viele andere kämpfen um ihre Existenz. In Ostdeutschland kämpfen Metaller für den tariflich vereinbarten Lohn. An Entschlossenheit und Kampfbereitschaft mangelt es nicht. Was fehlt, sind ein Programm und Argumente gegen die Unternehmerlogik. Die heißt: Wenn wir unsere Produkte nicht verkaufen können, müssen wir Löhne kürzen und entlassen.

Das Lieblingsargument der Unternehmenseite, »Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit«, beeindruckt viele, am meisten offenbar Spitzenfunktionäre in SPD und Gewerkschaften. Wie unsinnig es ist, merkt man, wenn man den Gedanken zu Ende denkt.

Angenommen, Arbeiter in Deutschland üben Lohnverzicht, damit Betriebe Aufträge behalten, die sonst, sagen wir, in die Tschechei gehen. Was, wenn die Kolleginnen und Kollegen in der Tschechei ihrerseits auf Lohn verzichten um »wettbewerbsfähig« zu bleiben? Eine Spirale nach unten wird in Gang gesetzt. Am Ende müßte konsequenterweise in einigen Branchen die Kinderarbeit wieder eingeführt werden, bei der Konkurrenz in Indien ist das z.B. üblich. Außer den Löhnen müßten wir dann Schritt für Schritt auch noch alle erkämpften Rechte opfern. Das ist keine Theorie, sondern die Praxis. In ganz Europa versuchen die Kapitalisten derzeit, mit dem Argument »Wettbewerbsfähigkeit« Lohndumping und Sozialabbau durchzusetzen.

In Italien vereinbarten Regierung und Gewerkschaften im vergangenen August einen Lohnstopp bis Ende 1993. Das bedeutete auch das Ende der gleitenden Lohnskala, die einen Inflationsausgleich garantierte. Ein Sparprogramm der Regierung beinhaltet unter anderem die Heraufsetzung des Pensionsalters bei Männern von 60 auf 65 Jahre und bei Frauen von 55 auf 60 Jahre. In den Niederlanden arbeiten Unternehmer und Gewerkschaften gemeinsam an Strategien, um die Wett-

Die Krise ist keine Naturkatastrophe

runde und Steuererhöhungen.

Harte Einsparungen im Sozialetat und Lohnerhöhungen unterhalb der Inflationsrate wurden Anfang des Jahres auch in Spanien Frankreich, Griechenland, Dänemark und in Belgien angekündigt.

In Italien und in Schweden wurden sofort nachdem die ersten Sparmaßnahmen vereinbart waren weitere gefordert. Kein Wunder, denn »Wettbewerbsfähigkeit« ist kein absoluter, sondern ein relativer Begriff. »Wettbewerbsfähig« kann man nie genug sein.

Marktwirtschaft versagt

Um eine Krankheit bekämpfen zu können, muß man deren Entstehung und Ursachen kennen. Wo liegen die Ursachen für Krise und Massenentlassungen?

Die gegenwärtige Rezession ist international. Sie begann 1990 in den USA, Großbritannien und weiteren

chisch. Im Aufschwung produziert jeder auf Teufel komm 'raus um möglichst viele seiner Waren zu verkaufen und so Profit zu machen. Die ganze Weisheit der kapitalistischen Produktion brachte BMW-Chef von Kuenheim in einem Satz zum Ausdruck: »Wir wissen, daß es zu viele Autos gibt, aber es gibt zu wenige BMWs.« Jeder Kapitalist will möglichst viel verkaufen, aber zugleich der Masse der Käufer, den Beschäftigten, möglichst wenig zahlen. Diese Widersprüche führen national und international immer wieder zu Krisen, Pleiten und Arbeitsplatzvernichtung. Kapitalismus heißt Produktion für den Profit. Umgekehrt bedeutet das: keine Profitaussichten — keine Produktion.

Ständig wird die fehlende Nachfrage als Totschlag-Argument benutzt. Im Kapitalismus interessiert aber gar nicht die Nachfrage sondern ausschließlich die bezahlbare Nachfrage. Die Nachfrage nach Wohnungen ist groß. Gebaut wird trotzdem viel zu wenig, weil viel zu wenige die hohen Mieten zahlen können. Das verrückte an der kapitalistischen Krise ist, daß sie nicht das Ergebnis von Mangel, sondern von Überfluß ist. Genauso verrückt ist die empfohlene Medizin: mehr Arbeitslose und weniger Lohn, damit es wieder aufwärts gehen kann. Weil »zu viel« Stahl produziert werden kann verlieren Stahlarbeiter und viele andere ihre Arbeit und ihren Lohn. Dabei

würde Stahl gebraucht, beim Wohnungsbau, für das Eisenbahnnetz, bei Anlagen für den Umweltschutz. Aber das bringt derzeit keinen Profit, also keine Wohnungen, kein Stahl, keine Arbeitsplätze.

Die Regierung redet von Mißbrauch und Verschwendung bei den Sozialleistungen. Das ist grotesk. Über fünf Millionen Menschen sind in Deutschland ohne Arbeit. Das ist Verschwendung. Würde jeder einen Arbeitsplatz bekommen, könnten die Realeinkommen sofort um 15 bis 20 Prozent gesteigert werden, bzw. die Arbeitszeit könnte für alle um einen Tag pro Woche gekürzt werden — bei vollem Lohnausgleich.

In der Propaganda von Kohl und Kapital werden die Opfer der Krise, die Arbeiter, zu den Schuldigen gemacht. Sie seien schuld, weil sie zu hohe Löhne verlangten bzw. verlangt haben. Das gefährde die Wettbewerbsfähigkeit und damit den »Standort Deutschland«. Dabei sind die Arbeitnehmer-einkommen im letzten Jahr nicht gestiegen, sondern real zurückgegangen. Selbst wer schon lange arbeitslos und auf Sozialhilfe angewiesen ist, ist nicht frei von Schuld. Die »hohe« Sozialhilfe, 507 DM (489 DM in Ostdeutschland) (1992) plus Miete gefährde ebenfalls den »Standort Deutschland«. Solche

Märchen werden stupide wiederholt. Politiker und Kommentatoren können auf bewährte Diffamierungen aus der Zeit der Rezession Anfang der 80er Jahre zurückgreifen. Auch damals wurde das Streichkonzert bei den Sozialleistungen, Arbeitslosengeld, -hilfe etc. von gebetsmühlenartigen Wiederholen von Aussagen wie »Viele ruhen sich nur in der sozialen Hängematte aus, viele wollen gar nicht arbeiten,« usw. In Zeiten wirtschaftlicher Flaute hat Hetze gegen Ausländer, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger Konjunktur.

Lohnopfer lohnen nicht

In den 80er Jahren ist die Lohnquote, der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, gesunken. Der Anteil der Unternehmensgewinne ist gestiegen (siehe Schaubilder)

Nach 10 Jahren Umverteilung von unten nach oben stehen wir also vor einer ganz neuen Forderung: noch mehr Umverteilung. Der ehemalige SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt argumentierte vor fünfzehn Jahren: Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Tatsache ist: die deutschen Unternehmen und Banken haben nie zuvor so hohe Gewinne eingefahren wie in den letzten zehn Jahren. 1993 wird es in Westdeutschland über 2,5 Millionen Arbeitslose geben, so viele wie nie zuvor in der alten Bundesrepublik. Wenn niedrige Löhne zu hoher Wettbewerbsfähigkeit führen würden, dann müßte Indien Exportweltmeister sein.

»Wir« — gemeint ist die breite Masse der Bevölkerung — sollen Opfer bringen. Der Begriff »Opfer« ist passender, als die meisten denken. Opfern hieß ursprünglich den Göttern dienen. Man opferte Tiere und auch schon mal einen Menschen, um die Götter gnädig zu stimmen. Lohn- und andere Opfer zugunsten der Kapitalisten sind so sinnvoll und nützlich wie die Opfergaben unserer Urzeiten. Aber die Damen und Herren, die heute über unser Schicksal bestimmen, sitzen nicht unerreichbar wie einst die Götter auf dem Olymp, sondern in den Chefetagen der Konzerne und Banken, in Bonn und Brüssel. Wir sind nicht hilflos, sondern können uns wehren.

In Italien hat ein vom linken Gewerkschaftsflügel initiiertes Generalstreik die Regierung gezwungen, einen Teil ihrer Sparmaßnahmen zurückzunehmen. In Schweden scheiterte das dritte Kürzungspaket am Widerstand der Gewerkschaftsbasis.

Auch in Deutschland fehlt es nicht an Kampfbereitschaft. Das Problem besteht darin, daß die Spitzen von SPD und Gewerk-

schaften keine politischen Alternativen zur Unternehmerpropaganda aufzeigen. Sie alle akzeptieren die sogenannten Sachzwänge der kapitalistischen Wirtschaft. Hätte die Arbeiterbewegung in der Vergangenheit genauso gehandelt, wir müßten heute noch 14 Stunden am Tag und sieben Tage in der Woche arbeiten!

Die Politik von SPD und Gewerkschaften muß sich grundlegend ändern:

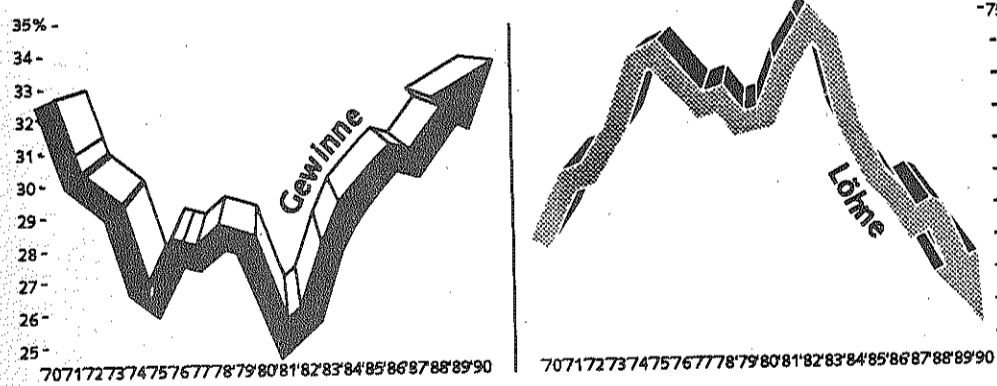
● Schluß mit der nationalistischen Spaltung der Arbeiter in verschiedenen Ländern. Wo kommen wir hin, wenn Arbeiter um die Gunst »ihrer« Kapitalisten buhlen, statt im gemeinsamen Kampf gegen sie ihren Interessen wahrzunehmen? Was auf nationaler Ebene gilt, gilt angesichts der engen Verflechtung der Weltwirtschaft auch auf internationaler Ebene. Die Arbeiter in Deutschland, Frankreich, Polen usw. müssen sich gegenseitig im Kampf für Arbeitsplätze und Löhne unterstützen, statt sich in einem Wettlauf »wer kann es noch billiger« gegenseitig zu ruinieren.

● Schluß mit der Vergötzung der Marktwirtschaft. Das Privateigentum an Produktionsmitteln darf nicht wichtiger sein als Arbeit für alle. Wenn die Unternehmer Menschen und Maschinen nicht zusammenbringen wollen, weil es für sie keinen Profit abwirft, dann müssen die Schlüsselbereiche der Wirtschaft, die Konzerne, Banken und Versicherungen, unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten und Gewerkschaften verstaatlicht werden, um eine harmonische Planung der Wirtschaft zu ermöglichen.

Wir dürfen uns nicht durch den Zusammenbruch der Planwirtschaften in Osteuropa in die Defensive drängen lassen. Von den Unternehmern brauchen wir sowie keine Belehrung in Sachen Demokratie. Ist das Konzernmanagement im Westen etwa keine Kommandowirtschaft? Nicht die Planwirtschaft war der Fehler im Osten, sondern das Fehlen von Demokratie. Und für echte Demokratie in der Wirtschaft können nur die Arbeiter und Gewerkschaften sorgen.

Georg Kümmel, Aachen

Anteil am Volkseinkommen (effektive Lohn/Gewinnquote in Prozent)



bewerbsfähigkeit der Industrie zu steigern, unter anderem durch Kürzungen im sozialen Bereich. Man einigte sich auf einen Lohnstopp bis März. In Schweden vereinbarte im vergangenen Jahr eine große Koalition aus Konservativen und Sozialdemokraten ein Sparprogramm, das jeden Schweden durchschnittlich 250 DM pro Monat kostet. In Finnland akzeptieren die Gewerkschaften in diesem Jahr eine Null-

Ländern. 1992 erfaßte sie auch Japan, Deutschland und andere Staaten in Europa. Diese Krise ist die dritte weltweite Rezession nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Ursache liegt im kapitalistischen Wirtschaftssystem selbst. Sie ist nur dann unvermeidlich, wenn man annimmt, daß dieses Wirtschaftssystem unvermeidlich ist.

Die kapitalistische Produktion ist ihrer Natur nach ungeplant, anar-

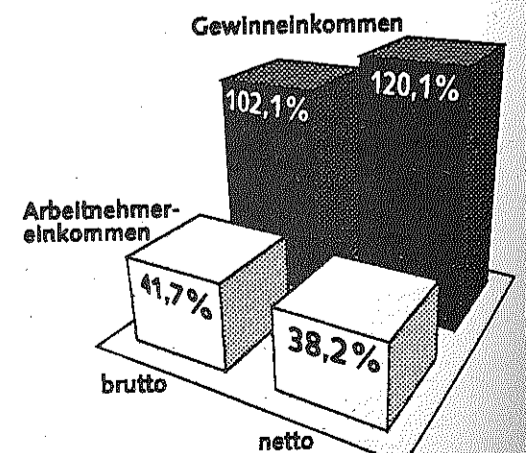
Zurück in die 30er Jahre?

Wir stehen erst am Anfang der Krise. In der letzten Rezession 1981/82 stieg die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik von knapp 900.000 auf 1,8 Millionen. Ihren Höhepunkt erreichte sie 1985 mit 2,3 Millionen. Es brauchte acht Jahre Aufschwung plus Sonderkonjunktur aufgrund der Wiedervereinigung plus einiger Manipulationen an der Statistik, bis die Arbeitslosenzahl wieder unter die Zwei-Millionen-Grenze fiel. Heute gibt es in Westdeutschland 2,3 Millionen gemeldete Arbeitslose und eine Million Kurzarbeiter. In ganz Deutschland sind 3,5 Millionen Menschen arbeitslos gemeldet. Insgesamt sind über 5 Millionen ohne festen Arbeitsplatz (Zahlen vom Februar).

Arbeitslosenzahlen von vier, wahrscheinlich fünf Millionen werden auf Jahre hinaus in Deutschland die Regel sein, Zahlen wie in den 30er Jahren. Mit allen Übeln die das nach sich zieht. Noch mehr Jugendarbeitslosigkeit, soziale Armut, noch besserer Nährboden für faschistisches Gedankengut.

Das sind die Perspektiven, wenn SPD und Gewerkschaften von vorneherein Arbeitsplatzvernichtung akzeptieren und sich bestenfalls für den Erhalt von Standorten bzw. industriellen Kernen aussprechen.

Zuwachs der Einkommen 1980-90 in Prozent



Steuererleichterungen für die Unternehmer führten zu höherer Netto- als Bruttosteigerung. Umgekehrt bei den Arbeitnehmern.



Stahl hat Zukunft — in Arbeiterhand

Alle reden von der Stahlkrise — von angeblichen Überkapazitäten, als ob Rezessionen genauso unabwendbar seien wie Naturkatastrophen. Lassen wir uns nichts einreden. Es gibt keine Stahlkrise, sondern eine Krise des Profitsystems.

200.000 Arbeitsplätze haben die Stahlbosse in den letzten 20 Jahren vernichtet, angeblich um die übrigen zu retten. Und jetzt sollen weitere 40.000 vernichtet werden. Ganze Stahlstandorte werden plattgemacht. Die Gewinne von heute sind angeblich die Investitionen von morgen. Aber wo sind die Gewinne von gestern geblieben? Plötzlich gibt es nur noch Verluste. Was ist mit den Gewinnen, die sie im Maschinenbau und anderen Konzern-Bereichen machen?

Ist es nicht offensichtlich, daß diejenigen, die verantwortlich sind für Fehlinvestitionen, Anarchie und Konkurrenzkampf in die Wüste geschickt werden müssen und nicht die Arbeiter? Ist es nicht dringender denn je, das Profitsystem der Unternehmer zugunsten einer Produktion für den Bedarf abzuschaffen, orientiert an den Interessen der Bevölkerung und der Umwelt?

Stahl — eine »Altindustrie«?

Mit massiver Propaganda wird versucht den Stahlarbeitern einzureden, daß Stahl nicht mehr gebraucht werde, dies in erster Linie, um das Selbstwertgefühl der Arbeiter zu zerstören. Wer soll schon auf ein sinnloses Produkt stolz sein, das nicht gebraucht wird?

150.000 Stahlarbeitern soll damit eingetrichtert werden, daß sie eigentlich den falschen Beruf ausgesucht haben (daher ihr Pech). Wenn sie uns dann soweit klein gekriegt haben, bringen sie einen Hoffnungsschimmer ins Gespräch: Ersatzarbeitsplätze. Die Erfahrungen in Ostdeutschland mit den Versprechen der Ersatzarbeitsplätze zeigen deutlich, was auch in Westdeutschland passieren wird, wenn wir die Industrien nicht verteidigen. Auch in Rheinhausen wurde 1987/88 abgemacht, daß es keine Schließungen geben wird, bevor 1.500 Ersatzarbeitsplätze geschaffen worden sind. Wo sind sie jetzt? Wir sind nicht gegen neue Arbeitsplätze — für Arbeitnehmer, die jetzt schon ohne feste Beschäftigung sind, brauchen wir mehr als 5 Millionen neue Arbeitsplätze. Sie sollten zuerst mal geschaffen werden, statt andere platt zu machen.

Stattdessen werden folgende Argumente ins Feld geführt:

■ Stahl gehöre zum alten Eisen, wir

bräuchten zukunftsorientierte Industrien. Was sind denn die zukunftsorientierten Industrien? Bis vor einiger Zeit galten die Automobil- und die Elektronikindustrie als Beispiel der zukunftsorientierten Industrien. Und Baden-Württemberg als Musterlande. Heute ist die Krise in der Auto- und Elektronikindustrie teilweise ebenso katastrophal wie in der Stahlindustrie. In Baden-Württemberg steigt die Arbeitslosigkeit schneller als in jedem anderen Bundesland!

■ Weniger Industrie, mehr Dienstleistungen: Sollen die Stahlarbeiter zu Verkäufern bei McDonalds, zu Wohnungsmaklern oder Versicherungsvertretern umgeschult werden? An wen wollen sie dann Wohnungen vermittelt

jetzt die restlichen Arbeitsplätze sicherer geworden?

Die »Gesundschumpfung« schwächt die Kampfkraft der Belegschaft, spaltet sie in diejenigen, die bleiben können und diejenigen, die gehen sollen und zerstört damit die Solidarität. Wenn man nicht für jeden Arbeitsplatz kämpft, fragt man sich natürlich, für wessen Arbeitsplatz soll nicht gekämpft werden und warum nicht.

Kein Bedarf für Stahl?

Die EG-Bürokraten sagen, daß EG-weit eine Überkapazität von 26 Millionen Tonnen Rohstahl und 19 Millionen Tonnen Walzstahl bestünde, insgesamt 15 Prozent der europäischen Jahresproduktion. Ist dafür wirklich kein Bedarf vorhanden?

Es heißt bloß, daß soviel Stahl nicht mit dem gewünschten Profit abgesetzt werden kann. Um zu zeigen, daß der Bedarf an Stahl vorhanden ist, genügen einige Beispiele.

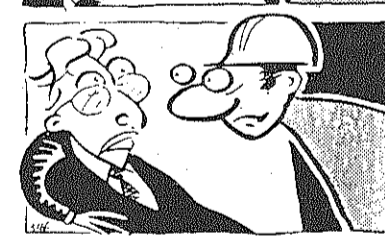
■ Wohnungsbau: In Deutschland fehlen 2,5 bis 3 Millionen Wohnungen. Ein massives Wohnungsbaupro-

gramm würde nicht nur Arbeitsplätze für viele Bauarbeiter schaffen, sondern auch mehr Aufträge für die Stahlindustrie durch mehr Baugeräte und Baustahl.

■ Öffentlicher Verkehr: Die Erneuerung und der Ausbau der Bundesbahnschienen, insbesondere der Reichsbahn in Ostdeutschland, der Einsatz von mehr Waggons und Bussen für den innerstädtischen Verkehr würde unserer Umwelt gut tun. Dazu wird Stahl gebraucht. Stattdessen plant der Verkehrsminister Krause auf Druck der Autoindustrie das größte Autobahnprojekt seit Hitler. Trotz verstopfter Straßen werden auf Teufel komm raus statt mehr Bussen mehr PKWs produziert, die nun keinen Absatz mehr finden (Es bleibt zu hoffen, daß uns die Krise in der Autoindustrie nicht bald mit der Überschwemmung des deutschen Marktes durch billige russische Ladas erklärt wird).

Ein Verkehrskonzept, daß auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs setzt, könnte Auto- und Stahlindustrie aus der Krise helfen und würde für der ganzen Gesellschaft Kosten sparen.

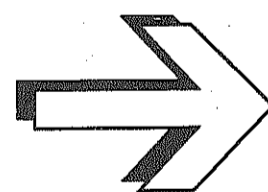
■ Industrieller Wiederaufbau Ostdeutschland: 3 Jahre Marktwirtschaft in Ostdeutschland haben statt der versprochenen blühenden Landschaft



teln, an wen die Versicherungsverträge? Hier wird absichtlich unterschlagen, daß aller gesellschaftlicher Reichtum in der Produktion erwirtschaftet wird.

■ Diversifikation statt Monokultur heißt das Schlagwort. Es sei nicht gut, daß eine Stadt von einem großem Betrieb abhängig ist. Sollte jede Stadt ihr eigenes kleines Stahlwerk, ihre eigene kleine Autofabrik usw. haben? Entscheidend ist nicht die Größe des Betriebes, sondern die Frage, wer diese großen Betriebe kontrolliert, damit die Regionen nicht erpreßt werden können.

■ Die Arbeitgeber sprechen natürlich nie von Arbeitsplatzvernichtung, sondern von »Gesundschumpfung«, um angeblich die restlichen Arbeitsplätze zu sichern. Hier liefert wiederum Krupp Rheinhausen ein typisches Beispiel: Die Belegschaft ist von 6.000 beim letzten Kampf 1987/88 auf heute knapp 2.100 abgebaut worden. Sind



Gemeineigentum und demokratische Planung

Wenn der Konkurrenzkampf eine harmonische Entwicklung der Stahlindustrie verhindert, muß dann nicht endlich nationale und internationale Planung her? Verstaatlichung der Stahlkonzerne und demokratische Produktionsplanung ist die einzige sinnvolle Perspektive für die Stahl- und andere Industrien. Ausgehend von einer demokratisch geplanten nationalen Stahlindustrie könnten die Stahlarbeiter in den anderen westlichen Staaten aufgefordert werden, dem Beispiel zu folgen.

Wir fordern:

- Erhalt jedes Arbeitsplatzes und jedes Standorts. Ersatzarbeitsplätze werden gebraucht. Aber nicht für die Stahlarbeiter, die noch einen Arbeitsplatz haben, sondern für die Millionen, die in Deutschland bereits arbeitslos sind.
- Übernahme aller Azubis in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis
- Sofortige Reduzierung der Arbeitszeit: 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Senkung des Rentenalters auf 55 Jahre.
- Öffnung der Geschäftsbücher.
- Überführung der Stahlkonzerne in

Gemeineigentum. Statt Staatskonzerne à la Ruhrkohle-AG demokratische Arbeiterkontrolle und Verwaltung durch einen Aufsichtsrat, der sich aus 1/3 gewählten Belegschaftsvertretern, 1/3 Gewerkschaftsvertretern und 1/3 Staatsvertretern zusammensetzt. Diese Vertreter müssen jederzeit rechen-schaftspflichtig und abwählbar sein und dürfen nicht mehr verdienen als einen Facharbeiterlohn. Demokratisierung aller innerbetrieblichen Entscheidungsprozesse einschließlich Wahl und Abwahlmöglichkeit für alle Vorgesetzten.

■ Aufstellung eines Produktionsplanes, der sich am gesellschaftlichen Bedarf und nicht am Profit orientiert.

Dieses Antikrisenprogramm im Interesse der Stahlarbeiter muß zum Kampfprogramm der IG-Metall werden. Zu seiner Durchsetzung müssen die Kampfmaßnahmen von der IG Metall-Führung entsprechend verschärft werden:

- Keine faulen Kompromisse mit Konzernchefs, Bonn und Brüssel
- Kampf um jeden Arbeitsplatz.
- Vollstreik an allen Stahlstandorten.
- Betriebsbesetzungen in Verbin-

eine beispiellose Zerstörung hinterlassen. Fast 2/3 aller Industriearbeitsplätze sind vernichtet worden. Der Wiederaufbau würde zusätzliche Stahlkapazitäten erfordern. Der Kahlschlag in der Stahlindustrie zeigt deutlich, daß die Herren, die dauernd vom Aufbau Ost reden, es damit nicht im entferntesten ernst meinen!

■ Recycling-Konzepte: Stahlarbeiter haben zusammen mit Ingenieuren und Wissenschaftlern Konzepte für eine ökologische Kreislaufwirtschaft im Stahlbereich entwickelt. Die Kollegen der Maxhütte haben ein Konzept für Auto-Recycling entwickelt. Die Unternehmer interessiert das nicht. Sie bezahlen nicht den Sondermüll und die Schrottbeseitigung, die ihre Produkte mit sich bringen.

Sündenbock Osteuropa

Die Stahlimporte aus Osteuropa machen gerade 1 bis 2 Prozent des EG-Stahlmarktes aus. Wie können sie die Ursache für die Stahlkrise sein? Die Stahlbosse wollen mit nationalistischer Propaganda von ihrer Verantwortung und dem Versagen der Marktwirtschaft ablenken.

Dabei machen die Handelsgesellschaften der Stahlkonzerne selbst den größten Reibach, indem sie den Stahl aus Osteuropa billig aufkaufen! Billig ist der Stahl aus Osteuropa, weil er zu Niedrigstlöhnen produziert wird und diese Länder ihn zu Schleuderpreisen auf den Markt werfen müssen, um ein paar Devisen zu bekommen. Die westlichen Industrieländer und ihre Einrichtungen wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds zwingen ihnen diese Politik auf.

Die Arbeiter im Osten werden als Lohndrücker gegen die im Westen eingesetzt. Dagegen setzen leider viele Gewerkschaftsfunktionäre und vor allem auch die SPD-Führer die Forderung nach Abschottung der Märkte durch Importkontrollen. Damit wird bloß die nationalistische Spaltung und das Ausspielen der Arbeiter gegeneinander fortgesetzt. Auch wird eine Abschottung der nationalen Märkte nicht die Rezession beenden.

Deshalb ist es eine bittere Notwendigkeit, internationale Solidarität der Arbeiter zu organisieren. Zum Beispiel polnische, russische oder italienische Stahlarbeiter nach Deutschland einzuladen, um gemeinsame Maßnahmen zu diskutieren und selber Delegationen dorthin schicken.

Gaëtan Kayitare, Aachen

dung mit Fortführung der Produktion unter Regie der Betriebsräte und Belegschaften.

■ Gesamtdeutscher Vollstreik in der Metallindustrie zur Abwehr von Massenentlassung im Stahl und Metallbereich und Tarifbruch im Osten.

■ Gemeinsamer Kampf der Stahlarbeiter und Bergarbeiter.

Eine verstaatlichte Stahlindustrie unter Arbeiterkontrolle ist die beste Grundlage für den Erhalt aller Arbeitsplätze. Um die kapitalistische Krisenwirtschaft zu beseitigen und Produktion nach den gesellschaftlichen Bedürfnissen zu ermöglichen, muß das ganze Profitsystem abgeschafft und eine demokratische Planung der gesamten Wirtschaft eingeführt werden:

■ Massives öffentliches Investitionsprogramm im Wohnungsbau, Öffentlichen Verkehr, Umwelt- und Sozialbereich; Finanzierung durch:

- Verstaatlichung der Banken, Versicherungen und Konzerne unter demokratischer Kontrolle von Gewerkschaften und Beschäftigten; Produktionsplanung nach den Bedürfnissen der Bevölkerung; Garantie der Vollbeschäftigung.

Zwangsarbeit und Sklaverei weltweit

Anfang März wurde der Weltarbeitsbericht veröffentlicht. Nach diesem Bericht müssen Millionen Menschen in aller Welt Zwangsarbeit leisten.

Der Bericht der internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation, ILO) beschreibt Fälle von Sklaverei in Afrika (Mauretanien und Sudan), von Schuldknechtschaft in Asien (vor allem in Pakistan und Indien) sowie moderne Formen der Zwangsarbeit in Lateinamerika (Brasilien, Dominikanische Republik). Zu den schlimmsten Formen der Zwangsarbeit zählt der ILO-Generaldirektor Michel Hansenne die Ausbeutung von Kindern, etwa in Haiti, Sri Lanka und Thailand.

In den Ländern der »3. Welt« müssen Millionen von Kindern arbeiten, um ihrer Familie ein Auskommen zu sichern. Auch verkaufen verarmte Familien ihre Kinder für wenige Dollar. In Mexiko gibt es besondere Formen, die den Bedarf an Kindern für reiche US-Bürger decken. In Pakistan, dem Land, in dem die Schuldknechtschaft am verbreitetsten ist, müssen schätzungsweise 20 Millionen Menschen — unter ihnen 7,5 Millionen Kinder — Zwangsarbeit leisten, um teils vor Generationen gemachte Schulden zu rückzahlen.

Aber auch die Bundesrepublik taucht in dem ILO-Bericht auf. Es wird kritisiert, daß Häftlinge für Privatunternehmen arbeiten müssen, ohne daß ihre Einwilligung eingeholt wird, wie es in der Konvention gegen Zwangsarbeit vorgesehen ist. Außerdem erhielten die Häftlinge nur fünf Prozent der sonst üblichen Löhne und seien nicht entsprechend krank- und sozialversichert.

Der Bericht verschweigt aber, daß die Zwangsarbeit nur eine Reinform des Kapitalismus, sozusagen seine extremste Form ist.

Kim Levermann, Lübeck

Rechter Wahlsieg in Frankreich

Auf tönernen Füßen

Am 21. und 28. März fanden in Frankreich Parlamentswahlen statt. Das Ergebnis: eine bürgerliche Mehrheit und ein Desaster für die Sozialistische Partei (PS), die nur 17,6 Prozent der Stimmen bekam, die Hälfte ihres Ergebnisses von 34,7 Prozent bei den Parlamentswahlen 1988. Wie konnte es dazu kommen?

1981 hatten die Sozialistische und die Kommunistische Partei (PS und PCF) ein gemeinsames Programm radikaler Reformen, das die arbeitende Bevölkerung begeisterte. Aber nach 18 Monaten war der »Bruch mit dem Kapitalismus« zu den Akten gelegt. Der »sozialistische« Präsident Mitterrand machte elf Jahre und »sozialistische« Regierungen neun Jahre (1986-1988 gab es kurz eine bürgerliche Regierung) die »Drecksarbeit für die Bosse« (so der damalige Premierminister Fabius in einem Anflug von Ehrlichkeit).

Inzwischen erklärt Premierminister Bérégovoy drei Millionen Arbeitslose zur Bagatelle. Außerdem stiegen Obdachlosigkeit und Mieten, Staatsbetriebe wurden privatisiert, das Bil-

dungssystem verschlechtert etc.

Zu dieser Bilanz kommt noch eine unüberschaubare Liste von Skandalen: Abhöraffaires, illegale Parteispenden an die PS, Bestechung vieler Funktionäre, die Verwendung Aids-verseuchter Blutkonserven, weil der Kauf neuer, unverseuchter Konserven den Staat Geld gekostet hätte. Mitterrand sieht inzwischen seine Hauptaufgabe darin, seinen Getreuen gutbezahlte Posten zu sichern.

So wurde kurz vor der Wahl Verteidigungsminister Joxe zum unkündbaren Präsidenten des Rechnungshofes ernannt. Die PS-Führungscliquen demonstrieren, daß es ihnen hauptsächlich um ihren Platz an den staatlichen Futtertrögen geht.

Nichtwähler stärkste »Partei«

Das Wahlbündnis der beiden bürgerlichen Parteien RPR und UDF erhielt nach der Stichwahl am 28. März insgesamt alle bis auf ca. 100 der 577 Abgeordnetenmandate, die PS nur ca. 68 (1988: 262). Dieser Erdrutsch ist zum Teil ein Ergebnis des französischen Mehrheitswahlsystems. Der riesigen bürgerlichen Parlamentsmehrheit entsprechen nur 39,5 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang. Soviel hatten RPR und UDF 1981 auch, bekamen aber nur 30 Prozent der Sitze. Damals entfiel der Rest der Stimmen fast ganz auf Sozialisten und Kommunisten, die sich bei den Stichwahlen (wenn in einem Wahlkreis kein Kandidat im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit bekommt, findet zwischen den bestplatzierten Kandidaten eine Stichwahl statt) gegenseitig unterstützten.

Vor dem Hintergrund der schwachen Wahlbeteiligung von 68,93 Prozent sieht das prozentuale Ergebnis für die Bürgerlichen noch magerer aus. Für sie stimmten im ersten Wahlgang 27,2 Prozent aller Wahlberechtigten, stärkste »Partei« waren die Nichtwähler mit über 30 Prozent. Es gibt die Enttäuschung über die »sozialistischen« Regierung, aber auch keine große Begeisterung für die Bürgerlichen. 1988 stimmten noch 72 Prozent für die großen Parteien PS, RPR und UDF — heute nur noch 57 Prozent.

Nach ersten Analysen haben vor allem die Jugendlichen unter 25 Jahren nicht gewählt. (Mandatszahlen nach Hochrechnungen vom 28. 3.)



Polizeieinsatz gegen demonstrierende Krankenschwestern (1991)

Trotzdem hat sich keine linke Alternative entwickelt. Der Zusammenbruch des Stalinismus in Osteuropa hat den Niedergang der stalinistischen PCF, der lange vorher begonnen hatte, beschleunigt. Um ihren Niedergang aufzuhalten, schreckte sie gelegentlich nicht mal vor rassistischer Hetze zurück und half damit nur Le Pens faschistischer Front National.

Das Versagen der Linken hat den Boden für die Etablierung der rechtsextremen Front National als vierte politische Kraft bereitet. Sie hat mit 12,4 Prozent ihre Position gehalten und wird im Gegensatz zu den Grünen zwei Abgeordnete im Parlament haben.

Die Grünen sind politisch noch weiter rechts als die schlimmsten deutschen Realo-Grünen. Sie erreichten 7,6 Prozent, waren aber bei Umfragen gelegentlich sogar vor der PS, weil halt nichts Besseres da ist, um eine Art von linkem Protest auszudrücken.

Keine Stabilität

Durch die Krise der linken Parteien war der Wahlsieg der Parteien des rechten Bündnisses möglich. Das Regieren wird für sie wesentlich schwieriger werden, weil sie keinen Ausweg aus der Wirtschaftskrise wissen. Wegen der engen Verflechtung mit der

deutschen Wirtschaft wird Frankreich jetzt von der deutschen Rezession mit nach unten gezogen.

Die Bürgerlichen »schwanken zwischen »Abschottung vom Weltmarkt« und »Auslieferung an den Weltmarkt im allgemeinen und an die Deutsche Bundesbank im besonderen« hin und her. Einig sind sie sich nur darüber, daß sie die Krise auf Kosten der Lohnabhängigen und Jugendlichen lösen wollen — aber so, daß die es möglichst spät merken und 1995 noch den RPR/UDF-Kandidaten zum Präsidenten wählen.

Aber die ArbeiterInnen werden wie in den letzten Jahren auch ihr eigenes Wort mitreden. Im Gegensatz zu den Parteifunktionären der PS und PCF sind sie nicht nach rechts gegangen. Es gab in letzter Zeit große Streikbewegungen, unter anderem im öffentlichen Dienst, und militante Proteste von Lastwagenfahrern, Bauern und Fischern gegen die EG sowie von Jugendlichen gegen die Faschisten.

Die Erfahrungen von 1981/82 zeigen: Eine Reformpolitik, die die wirtschaftliche und politische Macht der Kapitalisten nicht bricht, muß an der Sabotage dieser Kapitalisten scheitern. Man kann einem Tiger die Krallen nicht einzeln ausreißen!

Wolfram Klein, Stuttgart
Jungsozialist

Somalia/Sudan

Hungerhilfe? Heuchelei!

Der ehemalige US-Präsident Bush hatte angekündigt, daß die US-Truppen Somalia bis zum 30. Januar wieder verlassen würden. Aber die Besetzung des Landes geht weiter und die Interventionstruppen spielen mehr und mehr die Rolle einer Kolonialmacht — im Gegensatz zu den Versprechungen, daß es nur um eine »humanitäre Hilfsaktion« gehen würde.

Es gab Zusammenstöße mit verschiedenen Guerilla-Kräften und fortlaufende Versuche, die Bevölkerung zu entwaffnen, obwohl die Bevölkerung in manchen Gebieten dringend Waffen zur Selbstverteidigung braucht. Ende Februar kam es in Mogadischu zu Protesten gegen die Besatzer, wobei sogar versucht wurde, die US-Botschaft zu stürmen.

Clinton versucht zwar, die Vereinten Nationen zur Übernahme der Intervention zu bewegen. Die US-Regierung gibt jedoch nicht ihre Interessen in diesem Teil Afrikas auf. Es gibt Anzeichen, daß die ersten vorsichtigen Schritte zur Vorbereitung weiterer direkter oder indirekter Interventionen in andere afrikanische Staaten unternommen werden.

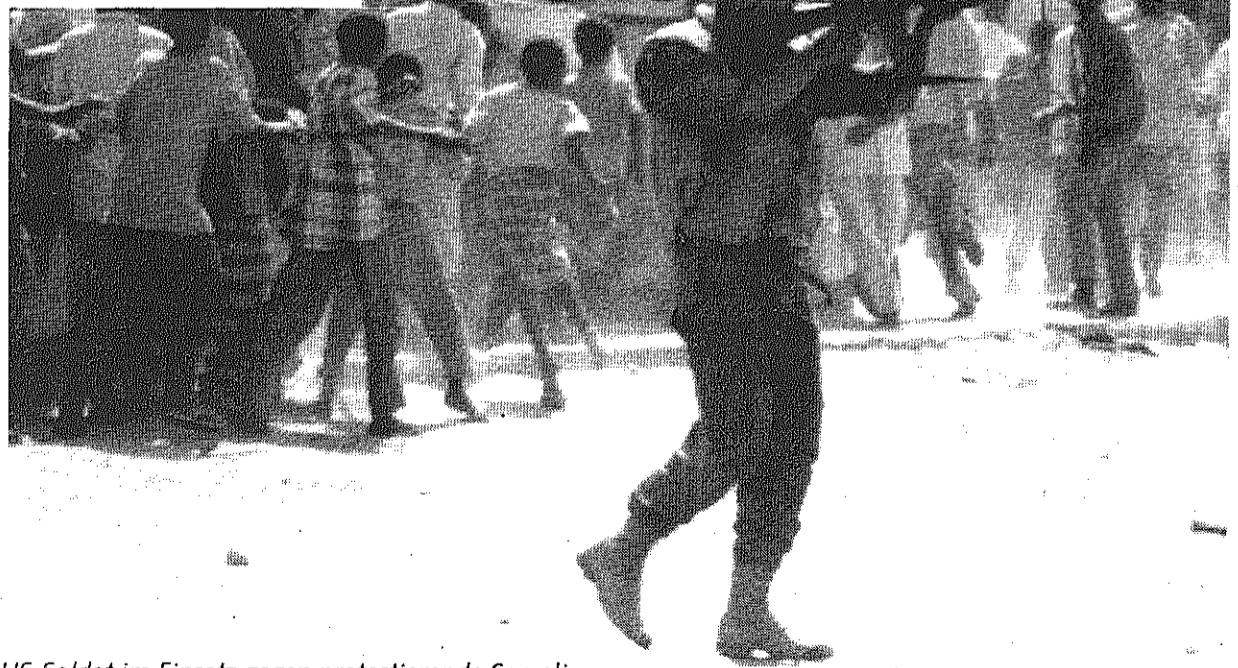
Im März begannen plötzlich Teile der westeuropäischen Medien, intensiver über die Hungersnot im südlichen Sudan zu berichten und internationale Maßnahmen zu fordern. Wie VORAN bereits im Februar berichtete, ist die US-Regierung wegen der kürzlichen Erfolge der im Norden basierten Regierung Sudans im Bürgerkrieg gegen die südlichen Rebellen besorgt. Der Grund hierfür ist, daß die sudanesishe Regierung von Libyen und Iran unterstützt

wird. Der Iran liefert Waffen und ein Vertrag von 1991 beinhaltet Pläne für die Vereinigung des Sudans mit Libyen im nächsten Jahr.

Die USA haben Angst, daß ihre Kontrolle über den Nahen Osten und damit auch über die Ölversorgung durch den Iran und/oder Libyen bedroht wird. Sie fürchten, das iranische Regime könne das Banner des Islam im Konflikt mit den Weltmächten benutzen. Im Sudan findet der Bürgerkrieg hauptsächlich zwischen dem arabischen, islamischen Norden und dem afrikanischen, christlichen Süden statt. Ein vereinigter, mit Libyen und dem Iran verbündeter Sudan würde die westlichen Interessen in Ägypten, auf der saudi-arabischen Halbinsel und im östlichen Afrika unterminieren.

Die Entdeckung der Hungersnot im Süd-Sudan durch die westlichen Medien dient sowohl als Warnung an das sudanesishe Regime als auch zur propagandistischen Vorbereitung möglicher Interventionen unter dem Deckmantel der Hungerhilfe.

Die USA nutzen zunehmend den Hunger, um ihre internationale Politik zu rechtfertigen. Seit Mitte 1991 haben amerikanische Satellitenfotos gezeigt, daß eine Dürre in Somalia zur Hunger-



US-Soldat im Einsatz gegen protestierende Somalier

katastrophe führen kann, aber es wurde nichts unternommen. Eineinhalb Jahre später, Ende 1992, übertrieb die US-Regierung absichtlich die Plünderungen von Hilfslieferungen, um ihre Intervention zu rechtfertigen. Plünderungen kamen zwar vor, aber Mitarbeiter der Menschenrechtsgruppe Africa Watch berichteten, daß drei Viertel Somalias relativ friedlich seien.

In Wirklichkeit hatte die Intervention Bushs drei Ziele:

- die Macht der USA zu demonstrieren

- vom Unwillen der USA zum Eingreifen im Balkan-Krieg abzulenken

- die strategische Stellung der USA in Ostafrika zu verbessern.

Die Heuchelei der westlichen Regierungen ist atemberaubend. Sie marschieren unter dem Deckmantel der Hilfe für die Hungernden in Somalia ein, um ihre Interessen zu verteidigen. Dabei ist es ihre Marktwirtschaft, die den Welthunger verursacht, während Bauern in Westeuropa und Nordamerika Subventionen dafür bekommen,

daß sie keine Lebensmittel mehr produzieren.

Diese Heuchelei wird aufgedeckt werden, indem der Kapitalismus seine Unfähigkeit zur Lösung der Krise in Afrika zeigt und sich weitere Massenproteste der Arbeiter und Jugendlichen entwickeln, die bereits zum Sturz einer ganzen Reihe von afrikanischen Diktaturen geführt haben. Und zunehmend wird die arbeitende Bevölkerung auch sozialistische Schlußfolgerungen ziehen.

Robert Bechert, Köln.



Jelzin nach dem gescheiterten Putsch 1991 - jetzt greift er selbst zur Präsidialdiktatur

Rußland

Was steckt hinter dem Machtkampf in Moskau?

Im Machtkampf mit dem Kongreß der Volksdeputierten (dem russischen Parlament) drücken Clinton, Kohl und Co. dem russischen Präsidenten Jelzin die Daumen. Die selbsternannten »Kämpfer für Freiheit und Demokratie« finden offenbar nichts dabei, das Jelzin seine »Reform«politik mit diktatorischen Mitteln verteidigt.

Nach einer kürzlichen Meinungsumfrage meinen 70 Prozent der russischen Bevölkerung, daß die scharfen Auseinandersetzungen zwischen Präsident und Parlament keinerlei Auswirkungen auf ihr Leben hätten. Eine andere Umfrage ergab, daß nur 36 Prozent Vertrauen in Präsident Jelzin und nur 18 Prozent Vertrauen in das Parlament haben.

Der Grund dafür ist, daß der Kampf an der Spitze sich im wesentlichen darum dreht, wie die neu entstehende Kapitalistenklasse und die alte Staatsbürokratie sich am günstigsten die Reichtümer des Landes unter den Nagel reißen und sie in Ruhe genießen kön-

nen. Der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung ist klar, daß sie dabei nichts zu gewinnen hat.

Wahl zwischen zwei Sackgassen

Jelzins Unterstützer setzen auf eine schnelle Durchführung der marktwirtschaftlichen Reformen. Ihre Schocktherapie hat die ökonomische Katastrophe weiter verschärft. Die Inflationsrate liegt bei 2.500 Prozent und die Produktion hat sich in den letzten fünf Jahren halbiert. Eine kleine Minderheit von Spekulanten und Mafiosi wird immer reicher, während die Mas-

se der Bevölkerung buchstäblich ums Überleben kämpft.

Jelzins Lager setzt auf Hilfe vom Westen und muß dafür die Auflagen des Internationalen Währungsfonds erfüllen: Kürzung von Subventionen, Entlassungen und Hinnahme von rapide ansteigender Massenarbeitslosigkeit. Um diesen Crash-Kurs durchzuziehen, verlangt Jelzin weitgehende Vollmachten für sich, bzw. nimmt sie sich einfach — wie mit der Verkündung der »besonderen Verwaltungsordnung zur Überwindung der Machtkrise.«

Auf der Seite des Parlaments dagegen stehen die Kräfte, die zwar auch den Kapitalismus einführen wollen, dabei aber einen stärkeren Zentralstaat behalten wollen. Sie spielen gegen Jelzin die nationalistische Karte aus und beschimpfen ihn als Handlanger des Westens. Sie würden mit ihrer Linie stärker in Konflikt mit den westlichen kapitalistischen Mächten geraten.

Unter ihnen finden sich Reste der stalinistischen Bürokratie, die Teile der alten Strukturen verteidigen wollen, um ihre Stellung zu sichern. Entgegen mancher Propagandaäußerungen Jelzins oder westlicher Kommentatoren wollen sie jedoch nicht zu einer zentralisierten Planwirtschaft zurück. Der Führer der Vereinigung der Industriellen fordert einen kontrollierten Übergang zur Marktwirtschaft, der die russische Industrie schützt und fördert.

So oder so ist es unmöglich, in Rußland eine stabile bürgerliche Ordnung auf der Grundlage einer gesunden kapitalistischen Wirtschaft aufzubauen. Das Beste, was erwartet werden kann, ist eine Entwicklung à la Lateinamerika, mit dauerhafter Massenarmut und ohne jede politische Stabilität.

Hilfe aus dem Westen?

Die westlichen Staaten sind nicht bereit, die Investitionen zu tätigen, die zur Entwicklung Rußlands nötig wären. Private Investoren sind erst recht zurückhaltend. Gleichzeitig fürchten die Führer des Westens die weltpolitischen Folgen des ökonomischen und politischen Zerfalls Rußlands.

Jelzin selbst spricht vom drohendem Zerfall in 50 bis 60 Kleinstaaten, die für Jahrhunderte gegeneinander Krieg führen würden — wenn ihm nicht die Vollmachten zur Kontrolle der Lage gegeben würden. Bisher setzt der Westen auf ihn, um eine gewisse Stabilisierung der Lage zu erreichen. Die USA machen Druck für weitere Wirtschaftshilfen des Westens, aber angesichts riesiger Haushaltsdefizite und Rezession sind die Möglichkeiten stark begrenzt. Und was würde es bringen? Ein japanischer Finanzier sagte, Hilfen an Rußland zu geben sei wie Wasser in ein Sieb zu schütten.

Abrutschen in Chaos und Anarchie

Verteidigungsminister Gratschow, der Jelzin während des Putsches 1991 unterstützte, sagte, daß die Armee sich aus der Politik heraushalten würde. Die Mehrheit der Militärführung hat Jelzin als Garant einer gewissen Ordnung bisher bedingt unterstützt.

Diese Unterstützung bröckelt jedoch, ein Eingreifen des Militärs ist bei einem weiteren Abrutschen in Anarchie und Chaos wahrscheinlich. Aber ohne klares Programm und angesichts der sozialen Verhältnisse würde auch ein Militärrégime auf sehr schwachen Beinen stehen und könnte den Zerfall der russischen Föderation nicht aufhalten. Das Militär ist in einer schwachen Position, da die Armee durch Korruption, mangelnde Unterbringung und zunehmende nationalistische Spannungen zerrütet wird. Nur noch 20 bis 30

Prozent aller Wehrpflichtigen lassen sich einziehen.

Die russische Arbeiterklasse sieht bisher weitgehend unbeteiligt zu, wie die verschiedenen Gruppierungen an der Spitze um die Macht streiten. Positiv ist, daß sie keine Illusionen mehr in die Versprechungen der Politiker hat. Aber was fehlt, ist eine politische und organisatorische Alternative: eine Arbeiterbewegung mit einem Programm, daß sich gegen Kapitalismus und für die demokratische Herrschaft der Arbeiter einsetzt. Die Alternative zum Chaos des Marktes und zur früheren bürokratischen Fehlplanung ist eine Wirtschaftsplanung unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung. Dafür müssen die alten Staatsbürokraten und schmarotzerischen neuen Kapitalisten zum Teufel gejagt werden.

Die russischen Marxisten um die Zeitung *Arbeiterdemokratie* vertreten ein solches Programm und lehnen alle Schritte Richtung Diktatur oder Präsidialherrschaft ab. Sie treten für eine Ausdehnung der demokratischen Rechte ein, um dadurch den Aufbau einer unabhängigen Arbeiterbewegung zu begünstigen.

Die russische Arbeiterklasse wird einige Zeit brauchen, um sich von den harten Schlägen zu erholen, die ihr durch die Rückkehr zum Kapitalismus versetzt worden sind. Wenn die arbeitende Bevölkerung ihr Schicksal nicht selbst in die Hand nimmt, droht der Abstieg der Gesellschaft in Barbarei und nationalistische Aufspaltung bis hin zu einem Bürgerkrieg wie auf dem Balkan, nur in größerem Maßstab.

Ulf Petersen, Köln.

Kurdistan

Neujahrsterror

Auch in diesem Jahr gab es anlässlich des Neujahrstages Neuwroz am 21. März massive Einschüchterungen und Übergriffe der türkischen Armee und Polizei gegen die Bevölkerung in Türkisch-Kurdistan. In diesem Jahr hatte die Guerilla-Organisation PKK einen einseitigen Waffenstillstand erklärt. Trotzdem wurden mindestens vier Menschen, darunter ein 15-jähriger Junge, bei der Auflösung einer friedlichen Demonstration in Adana getötet, hunderte wurden verletzt.

Im letzten Jahr hatte die türkische Armee bei Angriffen auf kurdische Demonstranten in Cizre und Simak über hundert Menschen getötet. Auch in diesem Jahr waren diese beiden Städte im Belagerungszustand, hunderte von Panzern bestimmten das Straßenbild. Zynismus pur: Die Vernunft habe sich unter der Bevölkerung durchgesetzt, sagte der türkische Innenminister Ismet Sezgin. (*Frankfurter Rundschau*, 23. 3. 93)

Polen

Privatisierungsstopp

Das polnische Parlament hat mit 203 gegen 181 Stimmen die von der Regierung geplante Privatisierung der Staatsindustrie und Ausgabe von Aktien an die Bevölkerung abgelehnt. Die Opposition hatte der Regierung vorgeworfen, die Staatsindustrie zu billig zu verkaufen und ausländischen Experten zu großen Einfluß zuzugestehen. Dahinter steckt die Angst, Einfluß und Posten zu verlieren, aber auch der Druck der unter den marktwirtschaftlichen Reformen leidenden Arbeiterschaft. (*Kölner Stadtanzeiger*, 16. 3. 93)

Australien — Wahlsieg für die Labor Party

Stimmabgabe mit Zähneknirschen

Ähnlich wie in Frankreich die Sozialistische Partei hatte die Labor Party in Australien ein Jahrzehnt über steigende Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne regierte. Doch anders als die Sozialistische Partei Frankreichs gewann sie die Parlamentswahl im März zum fünften mal nacheinander, trotz großer Unzufriedenheit gerade unter ihren traditionellen Unterstützern.

In Wirklichkeit stimmte kaum jemand mehr für die Labor Party — aber viele stimmten gegen die bürgerlichen Liberalen. Die rechte Führung der Labor Party hatte seit Jahren eine knallharte kapitalistische Politik gegen die Arbeiter durchgeführt (wie hier als »Solidarpakt« verkleidet).

Die Reallöhne fielen um 20 Prozent, die Arbeiter verloren dadurch 23 Milliarden Dollar an die Aktionäre. Und was hat dieses Opfer gebracht? Das Kapital wurde verspekuliert, Einkaufszentren für die Yuppies und Bürohochhäuser wurden in den Innenstädten gebaut. Melbourne sieht wie eine »Down under«-Version von Manhattan aus. Es gibt nur einen Haken — die Gebäude stehen leer.

Mit den billig gewordenen Arbeitskräften hatten die Unternehmer keinen Anreiz, die Arbeitsproduktivität durch

neue Technologien zu steigern. Investitionen in die Industrie sind so niedrig wie noch nie. Die technologische Entwicklungen im pazifischen Raum hat Australien abgehängt. Und die Arbeitslosigkeit ist auf über eine Million gestiegen.

Es war dann auch Wunder, daß Labor die Regionalwahlen im Bundesstaat Victoria im Oktober letztes Jahr verlor. Doch dann merkten die Arbeiter, was die bürgerlichen Parteien mit ihnen vorhatten. Privatisierungen wurden durchgepeitscht, Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst massenhaft entlassen, das Gesundheits-, Transport- und Bildungswesen rücksichtslos zusammengekürzt. Sie wollten sogar das Arbeitslosengeld nach neun Monaten streichen. Der schlimmste Angriff richtet sich direkt gegen die Gewerkschaften. Die Arbeit-



Wahlsieger Jeff Keating

nehmer sollten gezwungen werden, als Einzelne Verträge mit dem Arbeitgeber auszuhandeln!

Einen Monat nach diesen Provokationen rollte eine Streikwelle über Victoria. Am 10. November traten 150.000 Arbeiter in einen 24-Stunden Generalstreik ein, unter anderem mit dem Motto: »Vereinigt verhandeln wir — einzelt betteln wir«. Nach Streiks

in einzelnen Bereichen kamen die Kollegen wieder in einem eintägigen Generalstreik am 1. März zusammen — während des Wahlkampfes.

Dieser offene Klassenkrieg machte die Arbeiter im ganzen Land auf die Vorhaben der Liberalen und ihren Plan für eine massive Anhebung der indirekten Steuern auf Bundesebene aufmerksam.

Allein aus diesen Gründen gingen die Arbeiter trotz alledem an die Wahlurne und machten zähneknirschend ihr Kreuz bei Labor, um eine noch rechtere Regierung zu verhindern.

Labor hat also den streikenden Arbeitern für ihren Wahlsieg zu danken. Wie dieser Dank wohl aussehen wird? Die Arbeiter werden sich jedenfalls nicht lange zieren, wenn sie gezwungen werden, gegen die Politik der von ihnen gewählten Regierung zu kämpfen.

Brent Kennedy, Köln

Bremerhaven

Deutsche Polizisten schützen die Faschisten

Die Bremerhavener Polizei hat am 27. März massive Gewalt eingesetzt, um 12 Altnazis die Fahrt zum DVU-Landesparteitag mit dem Oberhelfer Gerhard Frey zu ermöglichen.

70 AntifaschistInnen, darunter ca. 40 JREer, haben versucht, den DVU-Reisebus mit friedlichen Mitteln an der Abfahrt zu hindern. Die Polizisten und ein Streifenwagen versuchten die Demonstranten abzudrängen, hatten aber keinen Erfolg, da sie am Anfang nur mit 25 Mann da waren. Nach mehrfachen Versuchen begannen sie, die Demonstranten brutal wegzuräumen und gingen mit Vorliebe gegen

Frauen mit kleinem Körperwuchs vor. Ein Augenzeuge berichtet: »Unter Schutz von Beamten konnte ein DVU-Anhänger einem Antifaschisten dreimal vom Bus aus mit der Faust ins Gesicht schlagen. Ein Beamter riß einer jungen Frau ein Büschel Haare aus, ein anderer trat eine auf dem Boden liegende Frau. Bei einer Festnahme nach der Abfahrt des DVU-Busses wurde ein Antifaschist mehrfach mit einem

Helm ins Gesicht geschlagen, während drei Polizisten ihn festhielten. Ein etwa achtjähriger Junge, der ein Hühnerei gegen den Bus geworfen hatte, wurde von mehreren Polizeibeamten bedrängt und angeschrien. Als nur noch wenige Menschen versuchten zu blockieren, schrie ein Beamter dem Busfahrer immer wieder zu, er solle, draufhalten! Wenn sich ein hingefallener Demonstrant nicht noch in letzter Sekunde in Sicherheit hätte bringen können, wäre er überfahren worden.«

Das Ergebnis des Polizeieinsatzes: 26 junge Leute sind festgenommen

worden, mehrere mußten ärztlich behandelt werden — und die Nazis saßen im Trockenen und konnten zu ihrer Veranstaltung fahren.

Alle Festgenommenen haben eine Anzeige wegen Landfriedensbruch und Nötigung bekommen, einige sind außerdem wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt, Beamtenbeleidigung und versuchter Gefangenenerleichterung angezeigt worden.

Sachbeschädigung? Die einzige Beschädigung entstand an dem Streifenwagen durch den Demonstranten, der sich nur durch einen Sprung auf die Motorhaube vor dem rücksichtslos auf ihn zufahrenden Wagen retten konnte.

Körperverletzung? Der einzige verletzte Polizist war vermutlich derjenige, der von einem Polizeiauto über den Fuß gefahren wurde.

Im Polizeibericht wurde die Zahl der DVU-Anhänger fälschlicherweise mit 30, die der Demonstranten mit 50 angegeben. Dieser Bericht mit den oben genannten falschen Anschuldigungen

gegen die Demonstranten wurde am nächsten Tag in der Zeitung kommentarlos als Meldung veröffentlicht.

Im Gegensatz zum Vorgehen in Bremerhaven griff die Polizei in Bremen am selben Tag nicht ein, als 300 AntifaschistInnen erfolgreich die Abfahrt eines DVU-Busses verhinderten. Vor zwei Jahren hatte sich in Bremen sogar die Gewerkschaft der Polizei an der Blockade eines DVU-Busses beteiligt. Es ist nicht klar, ob der Parteitag der DVU stattfinden konnte, auf jeden Fall waren weniger Besucher da als geplant.

JRE Bremerhaven ist in die Offensive gegangen. In der Montagsausgabe der Lokalzeitung wurde unsere Presseerklärung veröffentlicht. Wir werden weiter öffentlich Druck machen, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Außerdem werden wir Anzeige gegen die Polizei erstatten.

Claus Ludwig, Bremerhaven
JRE-Mitglied

Was will VORAN?

Der Kapitalismus ist ein chaotisches, krisenhaftes Wirtschaftssystem, in dem nur die Profitinteressen einer kleinen Minderheit von Unternehmern zählen. Die Folgen: Hunger und Elend in der »3. Welt« bei gleichzeitiger Überschussproduktion und Vernichtung von Lebensmitteln; Bedrohung der Existenz der Menschheit durch Raubbau an der Natur; Massenarbeitslosigkeit, Armut, sinkende Reallöhne und Sozialabbau auch in den entwickelten Industrieländern; Abbau der von der Arbeiterbewegung in den letzten Jahrzehnten erkämpften Errungenschaften.

Wir meinen, daß die Ablösung der kapitalistischen Gesellschaft überfällig ist. Wenn die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte auf der ganzen Welt vernünftig genutzt würden, müßte kein Mensch hungern, arbeits- oder obdachlos sein und die Umweltzerstörung könnte beendet werden. Das ist nur möglich, wenn die Hebel der wirtschaftlichen Macht in die Hände der arbeitenden Bevölkerung übergehen. Dazu muß die Minderheit von Kapitalisten enteignet werden, damit eine demokratische Planung der Wirtschaft im Interesse von Mensch und Umwelt erfolgen kann.

In Osteuropa ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern der Stalinismus. Es gab zwar Planwirtschaft und Staatseigentum aber keinerlei demokratische Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung. VORAN hat die Diktatur einer privilegierten, abgehobenen Bürokratschicht seit dem ersten Erscheinen unserer Zeitung 1973 politisch bekämpft und diese Staaten nie als sozialistisch betrachtet. Dabei haben wir aber das Staatseigentum an den Produktionsmitteln und die Planwirtschaft verteidigt und sind auf dieser Grundlage für den Auf-

bau einer echten Arbeiterdemokratie eingetreten.

VORAN ist eine unabhängige marxistische Gruppe. In der Arbeiterklasse, unter der Jugend und in den Massenorganisationen der Arbeiterbewegung kämpfen wir gegen die Angriffe des Kapitals, für jede echte Verbesserung und für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.

Sozialismus kann nur von der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung erkämpft werden. Dazu braucht sie starke Arbeiterorganisationen mit sozialistischem Programm, die konsequent für die Interessen der ArbeiterInnen kämpfen. Die heutigen Führer von SPD und Gewerkschaften haben jedoch ihren Frieden mit dem System gemacht und sind meilenweit entfernt vom Leben der Masse der arbeitenden Bevölkerung.

VORAN-Unterstützer sind aktive Mitglieder der Gewerkschaften, der SPD und der JungsozialistInnen. Wir treten dafür ein, daß der Marxismus wieder auf die Tagesordnung dieser Organisationen kommt. Wir fordern, daß SPD-Abgeordnete und hauptamtliche Funktionäre in SPD und Gewerkschaften nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn und der demokratischen Kontrolle durch die Mitgliedschaft unterworfen sind.

Mit unserer Zeitung VORAN wollen wir einen Beitrag zu einer unabhängigen Arbeiterpresse gegen die bürgerlichen Medien leisten. Sie dient der Verbreitung sozialistischer Ideen und dem Informations- und Erfahrungsaustausch. Unsere Arbeit wird ausschließlich durch Spenden von Unterstützern und Lesern finanziert.

VORAN ist Teil einer internationalen marxistischen Strömung, die in fast allen europäischen Ländern sowie in vielen Ländern Nord- und Südamerikas, Afrikas, Asiens und

Hoechst gefährlich

»Sichere Arbeit — Saubere Umwelt«. Spätestens seit dem 22. 02. 1993 ist dieser Werbeslogan der Hoechst-AG der blanke Hohn. An diesem Tag ereignete sich der erste einer ganzen Serie von Unfällen bei einem der größten Chemie Giganten der Welt.

Sicherlich ist dies keine »Verkettung offener unglücklicher Umstände« wie Norbert Vorhold vom Presseferat des Konzernvorstandes zu verstehen gab (laut tageszeitung vom 16. 3. 1993), sondern die unglücklichen Umstände sind der Normalzustand. So ist es jedenfalls von Kollegen aus der Hoechst-AG zu hören. Die Bild-Zeitung vom 17. März wußte sogar von 100 Störfällen pro Jahr zu berichten. Doch leider geriet so etwas bisher nur selten an die Öffentlichkeit.

Niemand scheint wirklich genau zu wissen, was die Giftmischer hinter verschlossenen Türen so zusammenmischen, denn die Hoechst-AG läßt sich

ungern in die Töpfe gucken. Und die, die es wissen müßten, die Kollegen, die mit den Giften tagtäglich umgehen, werden eingeschüchtert, damit ja nichts an die Öffentlichkeit dringt. Auch dem ehemalige Feuerwehrchef von Frankfurt, Ernst Achilles, war bekannt: »Die werksinternen Prüfer unterliegen einem großen Druck, nicht die wirklich harten Stellungnahmen abzugeben.«

Und falls der Grüne Umweltminister Joschka Fischer droht, die Anlagen in Zukunft schärfer zu überprüfen, kontert man auf der anderen Seite schon mal mit dem Arbeitsplatzargument. Über 400 Arbeitsplätze seien in

Gefahr, wenn Betriebsteile aufgrund von Sicherheitsbedenken stillgelegt werden müßten. Wenn es Joschka Fischer nicht gelingt, den Chemie-Bossen das Arbeitsplatzargument aus dem Mund zunehmen, könnte er die Kollegen sehr schnell gegen sich aufbringen, denn sie sind es, die hier tagtäglich Leben und Gesundheit riskieren. Diese Tatsache scheint er einfach zu übersehen, weil er trotz einiger verbaler Attacken gegen die Chemieindustrie wohl schon längst seinen Frieden mit dem Kapital geschlossen hat. Die größtmögliche Sicherheit in Chemieanlagen muß sein, aber niemand darf dabei seinen Arbeitsplatz verlieren.

Deshalb fordern wir:

- Verfüllung aller Produktionsdaten.
- Erhalt aller Arbeitsplätze; kein erhöhtes Risiko durch Arbeitsplatzabbau.
- Umstieg auf weniger gefährliche Produktionsweisen und Produkte; Ausstieg aus der Chlorchemie.
- Verbot des Einsatzes von unqualifiziertem Teilzeitpersonal.
- Kontrolle der Beschäftigten über die Produktion.
- Überführung der Chemieindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle von Beschäftigten und Gewerkschaften.

Klaus, Frankfurt/M.

VORAN Seminar

zu Wirtschafts- und Sozialpolitik

16. - 18. April 1993, Köln

Anmeldungen über die Redaktion (Teilnehmerzahl begrenzt)

Kampffonds

Im März waren VORAN-Unterstützer aktiv bei der Unterstützung der Stahlarbeiter im Kampf für ihre Arbeitsplätze. Bei dem Azubistreib in Siegen am 12. März wurden 195,75 DM für den Kampffonds durch Verkauf von Material und Spenden am Info-

Stand eingenommen, bei der Stahlarbeiterdemo in Bonn am 26. März wurden allein von Kölner VORAN-Unterstützern 424,48 DM eingenommen und 59 Zeitungen verkauft. Eine Genossin hat 28 Trillerpfeifen verkauft, die auch direkt von den Kollegen eingesetzt wurden. Die VORAN-Unterstützer in Kassel haben mit Ständen am Wahlvortrag und am Wahlabend

insgesamt 407 DM eingenommen. Dazu kamen 400 DM durch gespendete Entgelte von 10 Wahlhelfern.

Im April wird ein Schwerpunkt der politischen Arbeit von VORAN der Kampf gegen den Tarifbruch in der Metallindustrie und die angekündigte Aktionswoche des DGB vom 19. bis zum 24. April sein. Bei diesen Gelegenheiten sowie bei Zeitungsverkäufen

vor Berufsschulen und Betrieben sollte auch versucht werden, Spenden zu sammeln. Eine Möglichkeit, die wir ausprobieren sollten, ist der Einsatz der von der Redaktion verschickten Unterschriftenlisten. Fiz Garvie, Redaktion

(Spendenkonto siehe Impressum auf Seite 2)

Es ist höchste Zeit, selbst aktiv zu werden!

- Ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit
- Ich möchte bei VORAN mitmachen

Wir werden uns melden und Dir sagen, wo in Deinem Ort/in Deiner Nähe es eine VORAN-Gruppe gibt, bei der Du mitarbeiten kannst.

Name, Anschrift, Telefon

Bitte senden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1



Ich möchte...

- Voran abonnieren, zehn Ausgaben zu 18,— DM
- zusätzlich ___ Exemplare von jeder Ausgabe zum Weiterverkaufen (In Kommission — Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo, 10 Ausgaben zu ___ DM (ab 30 DM)
- ein VORAN-Schnupperabo, drei Ausgaben zu fünf Mark

Name, Anschrift, Telefon

Summe bitte auf das Spendenkonto überweisen (siehe Seite 2). Keine automatische Abo-Verlängerung!

Aachen/Stolberg

Wiking Jugend nach Walhalla

Alle hatten uns gewarnt: Die Polizei, die Grünen, die Autonomen. Demonstriert nicht vor dem Haus der Wiking Jugend, sonst bezieht ihr Prügel von den Faschos. Wir von JRE sind trotzdem hingegangen.

Zur Vorgeschichte: Im Dezember haben wir von JRE gegen den stellvertretenden NPD-Vorsitzenden von Aachen demonstriert. Dabei wurden wir von einem führenden Mitglied der faschistischen Wiking Jugend, Wolfgang Nahrath, fotografiert.

Wir entschlossen uns, auch ihm einen Besuch abzustatten. Die Wiking Jugend treibt schon seit Jahren von Stolberg (Nachbarstadt von Aachen) aus ihr Unwesen. Mit einer Demonstration vor dem Haus Nahraths, der ehemaliger Bundesführer der Wiking Jugend ist, wollten wir zeigen: wir lassen uns nicht einschüchtern, wir wissen, wo ihr wohnt, wir wehren uns.

Zu der Aktion wollten wir auch möglichst viele Jugendliche aus Stolberg mobilisieren. Also machten wir uns an die Arbeit: Flugblätter schrei-

ben, Plakate entwerfen, Demo anmelden, Ordnerdienst organisieren, Presse informieren usw. Zwischenzeitlich kamen ein paar Autonome zu unserem Treffen und meinten: Blast die Aktion ab, es ist viel zu gefährlich, die Faschos zu provozieren. Wir nahmen die Warnung ernst und verdreifachten unsere Anstrengungen zur Mobilisierung. Wir verteilten vor sieben Stolberger Schulen Flugblätter und klebten in Stolberg Plakate.

Am Tag der Aktion versammelten sich 120 Leute am vereinbarten Treffpunkt, im Verlauf der Demo wurden es 150. Außerdem waren auch ca. 30 Autonome am Treffpunkt. Aber wir stauriten nicht schlecht, als sie anfangen, eintreffende Leute davor zu warnen, an der Demo teilzunehmen. Dazu verteilten sie Flugblätter unter dem Ti-

tel »Kein Fußbreit den FaschistInnen«, in denen sie neben allgemeinen Bemerkungen (»Aktionen gegen Veranstaltungen der Wiking Jugend sowie Aufklärung über diese ist nicht unbedingt nötig.«) hauptsächlich gegen JRE und Jusos zu Felde zogen. Nochmal warnen sie vor einer Teilnahme an der Demo. Es sei unter Umständen gefährlich, die Demo könnte angegriffen, Teilnehmer könnten fotografiert werden und später Ärger bekommen.

Denen, die noch mitdemonstrieren wollten, gaben sie noch den Rat mit auf den Weg, schön zusammenzubleiben. Und dann, als der Demonstrationszug sich in Bewegung setzte, zogen sie es vor, den sicheren Rückzug anzutreten. Sie hauten einfach ab. Wir hatten keine Zeit, uns über das ganze Verhalten noch länger zu wundern und marschierten los. Zum Glück waren die Teilnehmer, darunter junge Schülerinnen und Schüler, etwas mutiger als unsere Aachener autonomen Opas.

Vor dem besagten Haus haben wir

dann eine kleine Kundgebung abgehalten und sind anschließend im Demonstrationszug durch den Stadtteil gezogen. An einer Ecke sind dann wohl auch drei oder vier Nazis gesichtet worden. (Wir waren den ganzen Tag Streife gefahren, um rechtzeitig vor einer größeren Mobilisierung der Faschos gewarnt zu sein). Da sie von ihrem Aussehen nicht sofort als Faschos erkennbar waren, haben wir es versäumt, eine spontane Kundgebung um sie herum zu veranstalten. Der Fehler war, daß wir nicht Jugendliche aus Stolberg in der Demoleitung hatten, die »ihre« Nazis kennen. Auf dem Demo-Weg lagen Flugblätter, herausgegeben von FAP und NPD Aachen, unterzeichnet von Wolfgang Nahrath. »Eure ‚Vorlhaber‘ werden von uns hören« heißt es darin. Der Hammer ist, daß ausgerechnet das JRE-Mitglied, das die Demo bei der Polizei angemeldet hatte, in dem Flugblatt namentlich angemacht wird. Woher die Faschos wohl den Namen haben?

Wir haben dazu eine Pressekonferenz gemacht und klargestellt, daß wir die Drohung ernst nehmen, uns aber nicht einschüchtern lassen. Unsere Antwort ist: JRE weiter aufbauen und stärker machen. Einige Jugendliche aus Stolberg haben Interesse, eine JRE-Gruppe in Stolberg aufzubauen.

Georg, JRE Aachen



150 Jugendliche protestieren gegen die Wiking Jugend

Stuttgart — Aktion gegen Nazi-Zeitungen

»... nonderreiße und glei a Bomb in den Lade neischmeiße!«

Im Kreis Stuttgart werden wie selbstverständlich faschistische Zeitungen an Zeitungsständen verkauft, vor allem die »Deutsche National Zeitung« und die »Deutsche Wochen Zeitung« von DVU-Chef Gerhard Frey, sowie teilweise der »Deutsche Standpunkt« des ehemaligen FAP-Bundesvorsitzenden Martin Pape.

JRE Stuttgart hat dezentral über die JRE-Gruppen in der Woche vom 8. zum 14. Februar Aktionen gegen den Verkauf von Nazi-Zeitungen organisiert. Wir in Bad Cannstatt haben uns überlegt, wie wir dies am besten durchführen. Ein Vorschlag war, die Zeitungen schlicht durch Diebstahl zu entfernen und öffentlichkeitswirksam zu verbrennen. Von dieser Idee sind wir aber nach einiger Diskussion abgekommen, weil dadurch nicht allzuviel Leute erreicht werden, bzw. weil wir sicher waren, daß wir wegen »Umweltverschmutzung« oder ähnlichem Schwierigkeiten mit den Bullen bekommen würden. Wir beschlossen schließlich, mit einem Flugblatt bewaffnet einen jener Zeitungsstände zu belagern und die auftauchenden Passanten auf den Verkauf der Nazizeitungen hinzuweisen. Vor dieser Aktion wollten wir aber mit der Verkäuferin des betreffenden Zeitungsstandes sprechen — vielleicht könnten wir ja auf diese Weise schon einen Erfolg verbuchen. Dem war leider nicht so.

So postierten sich am 12.02. sieben AktivistInnen von JRE Cannstatt im Halbkreis um den Zeitungsstand in einer Fußgängerunterführung. Das Gesicht der Verkäuferin war ein Foto wert. Jede/r der vorbeikam, oder etwas kaufen wollte bekam ein Flugli — »Bojkottiert den Verkauf von Nazizei-

tungen« — in die Hand gedrückt oder ein entsprechendes Schild vor die Nase gehalten.

Das Flugli enthielt ein paar kurze Infos über den Nazi Gehrhard Frey und seine Zeitungen. Wie natürlich nicht anders zu erwarten rief die Zeitungsverkäuferin in ihrer hektischen



Verzweiflung die Bullen. Aber — oh Wunder — nach einem weisen Blick des Chefs der drei auf Personalausweise und Flugli, meinte dieser mit breitem Grinsen: »Ich kann auf dieser Flug-schrift keinen Aufruf zur Gewalt feststellen — ViSdP (Verantwortlicher im Sinne des Presserechts) ist drauf (Ordnung muß sein! die Red.) — Ich glaube die Aktion ist in Ordnung.« Es gibt halt auch einige nette Bullen...

Die Reaktion der meisten Passanten war sehr positiv. Eine ältere Schwäbin:

»Die Leit, die heut noch so ebbes verkaufat sollt ma glei totschiage«, ein älterer Schwabe: »Die Zeitunge nonderreiße und glei a Bomb in den Lade neischmeiße«. Viele Jugendliche interessierten sich für unsere Aktion und wollten wissen, wer wir sind und was wir sonst noch machen.

Natürlich tauchte auch ein Archloch auf, das sogar eine »Deutsche National Zeitung« kaufen wollte. Nicht mit uns! Wir fragten ihn ganz unschuldig, ob ihm die rassistischen Gewalttaten gegen Ausländer egal seien, bzw. ob er sich darüber im Klaren ist, daß diese Nazizeitungen zu solcher Gewalt aufhetzen. Sichtlich überrascht und verärgert brummte er uns an — »I kann kaufat was I will...« — und zog unverrichteter Dinge ab.

Die Krönung der ganzen Aktion kam zum Schluß. Ohne daß wir es bemerkten, diskutierten einige ausländische Jugendliche mit einem ausländischen Gemüsehändler auf der anderen Seite der Unterführung über unsere Aktion. Als wir gerade am Zusammenpacken waren und abziehen wollten, sprach uns dieser Gemüsehändler an und bedankte sich für unsere Aktion: »Ich habe nicht gewußt, daß die faschistische Zeitungen verkauft. Ab heute sage ich jedem meiner Kunden, daß die da nichts mehr kaufen sollen.« Einer der ausländischen Jugendlichen spendete uns gleich fünf Mark, und der Gemüsehändler schenkte uns sogar eine kleine Bananenstaude.

An jenem Tag stellte sich die Zeitungsverkäuferin zwar noch stur, doch sind wir geapant, wie lange sie die Vorwürfe ihrer Kunden noch erträgt.

Ralf, für JRE Stuttgart-Bad Cannstatt

Späte Rache an Antifaschist

1990 wurde der Bürger der ehemaligen DDR Gerhard Bögelein trotz Haftunfähigkeit aus stationärer Behandlung heraus verhaftet und im Mai 1992 vom Oberlandesgericht Hamburg zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Gerhard Bögelein hatte sich 1943 als Jugendlicher freiwillig zur Wehrmacht gemeldet. Er lief 1944 zur Roten Armee über, nachdem er sich unter dem Eindruck der Nazi-Kriegsverbrechen im Baltikum und in Jugoslawien geweigert hatte, an einem Erschießungskommando teilzunehmen. Er war dann unter Einsatz seines Lebens beim sowjetischen Geheimdienst tätig.

1947 wurde der Nazi-Militärrichter Kallmerten getötet, der für mindestens 176 »rechtmäßige« Todesurteile verantwortlich war. Ein sowjetisches Mil-

tärgericht klagte Bögelein und andere damals wegen Totschlags an. Bögelein hat bis heute immer sein Unschuld be-teuert.

Die Hamburger Justiz interessierte sich nicht für die Akten des damaligen Verfahrens, obwohl es keine Zeugen gab. Stattdessen griff sie ein in den 50er Jahren von einem ehemaligen Nazi-Richter eingeleitete Verfahren wieder auf und befand Bögelein auf der Grundlage löchriger Indizien für schuldig.

Der 69-jährige Gerhard Bögelein ist am 12. März tot in seiner Wohnung aufgefunden worden. Die schwere gesundheitliche Belastung durch das Verfahren wurde von der Justiz bei ihrem politisch motivierten Vorgehen billigend in Kauf genommen worden.

Protestaktionen in Bonn Ende April

Asylrecht verteidigen!

Ende April dieses Jahres soll im Bundestag über eine Änderung des Artikels 16 GG abgestimmt werden. Diese Änderung bedeutet die faktische Abschaffung des Asylrechts.

So sollen z.B. sämtliche Nachbarländer der BRD als »sichere Drittstaaten« gelten. Reist der Asylsuchende über diese Staaten ein, dann hat er in Deutschland keinen Anspruch auf Asyl. Schließlich hätte er dies ja auch in Polen, Österreich, der Schweiz, Italien, Belgien, oder der Tschechischen Republik beantragen können. (Alle diese Länder haben laut Amnesty International erhebliche Mängel im Asylverfahren).

Durch eine Liste von »Nichtverfolgerstaaten« wird die Einreise von Verfolgten aus Ländern wie Rumänien, Bulgarien, Gahna, Indien, usw. verhindert. In diesen Ländern findet nach Meinung der Asylrechtsstreicher nämlich keine Verfolgung statt — und wer nicht verfolgt wird, braucht kein Asyl.

Wer kein Asyl braucht, hat auch keinen Grund, in die BRD einzureisen. Deshalb wird das neue Asylrecht die Zurückweisung an den Landesgrenzen ermöglichen. Die Asylsuchenden sollen geradewegs in die »sicheren« Drittländer zurückgeschickt werden. Politisch Verfolgte werden in Zukunft mit dem Fallschirm über Deutschland abspringen müssen, wenn sie eine

Chance auf ein Asylverfahren haben wollen.

Die meisten Verfolgten kommen momentan über Polen und die ehemaligen Ostblockstaaten. Polen und Ungarn haben bereits Protest gegen die geplante Regelung eingelegt, auch die Tschechische Republik weigert sich bis jetzt ein Abkommen über die Rückführung der Asylsuchenden zu schließen.

Teile der parlamentarischen SPD-Linken lehnen den Asylkompromiß ab, allerdings nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil die vorgesehenen Verträge mit den »sicheren Drittstaaten« noch nicht ausgehandelt worden sind. Diese »Linken« scheuen den Konflikt mit Engholm und Co. und wollen ihre Karrieren nicht gefährden.

Wir fordern die Abgeordneten der SPD auf, der Änderung des Asylrechts nicht zuzustimmen und so die erforderliche Zweidrittelmehrheit zu kippen. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen rufen wir dazu auf, am Tag der dritten Lesung (Ende April, der genaue Tag steht noch nicht fest) bei den geplanten Protestaktionen in Bonn mitzumachen.

Timm, JRE Köln

Kurz notiert

Berlin

Am 1. März wurde ein Mitglied der JRE-Gruppe Berlin-Marzahn nach dem JRE-Treffen von Nazis verprügelt. Die Nazis drohten, weitere Sitzungen im Bürgerzentrum zu verhindern. Für die nächste Woche wurden 60 Leute mobilisiert, die vor dem Treffen geschlossen von der S-Bahn-Haltestelle zum Bürgerzentrum zogen, um den Nazis zu zeigen, daß wir uns nicht einschüchtern lassen.

Kassel

In der Woche vor den Kommunalwahlen veranstaltete JRE Kassel ein »Rock gegen Rechts« mit 500-600 Besuchern. Zu einer von JRE organisierten Protestdemo gegen die Reps am Wahlabend kamen 300 Jugendliche. Der Beitrag eines JRE'lers bei der offiziellen Nach-Wahlveranstaltung wurde in Radio und Fernsehen übertragen.

Bremerhaven

Ebenfalls »Rock (bzw. eher Hardcore) gegen Rechts« gab's am 19. März in Fishtown. 450 Leute kamen und sorgten für einen ein vollen Erfolg.

Organisiert Euch gegen die Nazis!

Polizeirandale in Eisenach

Niemand soll später sagen, er habe von alledem nichts gewußt. Nichts gewußt vom Deutschland jener Tage, da die Flüchtlingsheime brannten, die Nazis in die Parlamente einzogen und die Polizei mit den Faschisten Hand in Hand arbeitete...

So geschehen in Rostock und so geschehen am 13. März in Eisenach, wo die Polizei eisern vorgeht — aber nicht gegen die Stiefelfaschisten und Krawattennazis, sondern gegen linke Jugendliche und AntifaschistInnen!

Unter Anfeuerungsrufen der REP-Nazis («Haut die Halunken») knüppelte die Eisenacher Polizei eine friedliche Demo von etwa 60 AntifaschistInnen vor dem Gasthaus »Goldene Traube« auseinander, in dem die Thüringer REPs eine »Kreisversammlung« abhielten. Die Jugendlichen hatten mit einer gewaltfreien Blockade auf die Aktivitäten der REP-Nazis aufmerksam machen wollen. Die REPs in Thüringen liegen mit der »Deutschen Alternative« auf einer Linie — sagt der rheinland-pfälzische Anführer der verbotenen Deutschen Alternative, Michael Petri...

Im Anschluß an die gewaltsame Auflösung veranstaltet die Polizei mit dem Bundesgrenzschutz eine brutale Hetzjagd auf die TeilnehmerInnen der Demo. Diese verteidigen sich schließlich mit Schottersteinwürfen und Knallkörpern von einem Bahn-



JRE-Demo in Brüssel am 24. Oktober 1992: 40.000 protestierten gegen Rassismus und Faschismus

damm aus gegen die Schläge der Polizei. In der mit Touristen gefüllten Innenstadt greift die Polizei die DemoteilnehmerInnen, die sich auf dem Heimweg befinden, erneut massiv an. Wer nicht schnell genug ist, wird zusammengeschlagen und verhaftet. So ergeht es auch dem 19-jährigen Schüler Tino Albertus aus Berka/Werra, der in Panik einem ihn verfolgenden Polizisten eine 0,33 l-Flasche an den Helm warf. Er wird unter

dem Vorwurf des »versuchten Totschlags« (!) in U-Haft gesteckt. Die Angehörigen von Tino werden trotz mehrfacher Anfrage bei der Polizei drei Tage lang im Unklaren über den Verbleib von Tino gelassen. Es gibt mehrere Anzeigen gegen die AntifaschistInnen, u.a. eine vom REP Vorsitzenden Götz Rudloff wegen Nötigung...

Wir solidarisieren uns mit Tino, wie es auch schon die Edelweißpiraten Westthüringen gemacht haben: Einstellung der Ermittlungsverfahren! Konsequenzen für die Verantwortlichen der Polizeirandale!

Es ist eine ausführliche Dokumentation zu der Eisenacher Polizeirandale in Arbeit

(Edelweißpiraten und JRE) — sie kann bestellt werden über JRE, ebenso das Neuste zur Soli-Arbeit für Tino.

Wir von JRE werden in Kürze auch in Eisenach eine Gruppe gründen. Die Polizei muß wissen, daß wir ihren Übergriffen auf Linke und ihrer Sympathie für Rechte eine internationale Gegenöffentlichkeit entgegenstellen. Und den Nazis sei gesagt: Wir werden Euch niemals in Ruhe lassen, denn wir wissen, wer die wahren Totschläger sind...

— live aus Eisenach —
Ronald, JRE Kassel

Milde Strafen für Nazis §

Magdeburg — Am 9. Mai letzten Jahres haben 60 Nazi-Skinheads eine Geburtstagsparty in der Gaststätte Elbterrassen in Magdeburg überfallen. Dabei wurde der 23jährige Thorsten Lamprecht umgebracht.

Ende März wurden die Urteile gesprochen. Die drei Angeklagten wurden nicht etwa des Totschlags (siehe Artikel auf dieser Seite ...), sondern des Landfriedensbruchs und der Körperverletzung für schuldig befunden. Freiheitsstrafen von 16 und 10 Monaten sowie eine von 10 Monaten auf Bewährung wurden verhängt.

Ebenfalls milde Urteile gab es für einen Überfall auf einen Aussteiger aus der Skinhead-Szene und seine Freunde, bei dem beide schwere Schädelverletzungen davontrugen. Der 20-jährige Lars H. kam mit Eineinhalb Jahren Jugendstrafe auf Bewährung davon, die 21-jährige Bianca Z. sogar nur mit vier Wochen Jugendarrest. Der Staatsanwalt schloß eine Berufung nicht aus. (tageszeitung, 23.3.93)

Werde Mitglied bei JRE

Ich möchte Mitglied werden und habe den ersten Vierteljahresbeitrag von mindestens 10,— DM (5,— DM für Leute ohne oder mit geringem Einkommen) überwiesen.

Ich möchte weitere Infos über Eure Arbeit bekommen

Schickt den Zettel mit Eurem Namen und Adresse an: JRE, Hauptpostlagernd, 5000 Köln 1
Spenden und Mitgliedsbeiträge bitte überweisen an:
U. Petersen, Konto-Nr. 12777-501 Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50